

HERAUSGEGEBEN VOM GRENZFRIEDENSBUND

Anschrift:

Marientreppe 10, 24939 Flensburg

Geschäftsführerin:

Ingrid Schumann

Sprechzeit:

Montag bis Freitag 9.30 - 12.00 Uhr Telefon (04 61) 2 67 08, Telefax (04 61) 2 67 09
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 3 15 60 21

Beitrag:

20 DM für Einzelmitglieder

40 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankverbindungen:

Flensburger Sparkasse (BLZ 215 500 50) 2 001 020

Sparkasse NF Husum (BLZ 217 500 00) 13 862

Postbank: Hamburg (BLZ 200 100 20) 114 07-206

INHALT Seite

Jørgen Kühl

Die Föderalistische Union

Europäischer Volksgruppen 1949-1999.....73

Hans Schultz Hansen

Die „Zweite Abstimmung“

Die Folketingswahl am 3. April 1939 in Nordschleswig.....88

Dieter Pust

Emmy Ball-Hennings als Schauspielerin in

Tondern (1906-1908)

Von der Dilettantin zum Ensemble-Mitglied.....104

Umschau ab Seite 113

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 6,- DM.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Ulf von Hielmcrone (V.i.S.d.P.), Süderstraße 14, 25813 Husum
Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15, 24955 Harrislee
Dr. Matthias Scharl, Friedrichstal 55, 24939 Flensburg
Redaktionsanschrift: Marientreppe 10, 24939 Flensburg

Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH, Graf-Zeppelin-Straße 22, 24941 Flensburg
Telefon 04 61 / 9 33 04 • Telefax 04 61 / 9 43 55

Druck: Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen 1949 -1999

von JØRGEN KÜHL

Im Spätherbst des Jahres 1949 wurde in Versailles nahe der französischen Hauptstadt Paris eine Organisation von Minderheitenverbänden und Regionalisten gegründet, die einige Jahre später den Namen Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen bekam. 1999 kann die FUEV somit auf ein halbes Jahrhundert als Interessenorganisation von Minderheiten und Nationalitäten zurückblicken.

Regionalismus, Föderalismus und Minoritäten

Die Ursprünge der FUEV liegen in der starken föderalistischen Bewegung des Nachkriegs-Westeuropas. Die Vision Churchills von der Entstehung eines europäischen Staatenbundes, der Vereinigten Staaten Europas, war zugleich Ausdruck und Katalysator für eine weitverbreitete europäische Einheitsbewegung, die die bisherige Staatenwelt überwinden und durch internationale Kooperation ersetzen wollte. Die Staaten sollten in diesem Konzept von föderalistischen Einheiten ersetzt werden - das heißt konkret von sich am Vorbild des Subsidiaritätsprinzips orientierenden, durch Dezentralität und Eigenverwaltung geprägten Strukturen, in denen regionale Besonderheiten gedeihen konnten.

In den ersten Nachkriegsjahren wurden regelmäßig europäische Kongresse von Föderalisten und Regionalisten organisiert, wobei insbesondere die Föderalisten in Frankreich eine wichtige Rolle spielten. Hier wurde auch die Problematik der Minoritäten angesprochen. So war es denn auch auf einem Föderalisten- und Regionalistenkongreß in Paris, im Palais de Chaillot, daß sich vom 9. bis 10. April 1949 insgesamt ca. 160 Vertreter von Regionalismus- und Minderheitenbewegungen in eigener und übertragener Vertretung zusammenfanden, um die Gründung einer neuen, gesamteuropäischen, föderalistischen Organisation von Regionen und Minderheiten zu befürworten. Unter den Teilnehmern befand sich auch der spätere französische Präsident Francois Mitterrand, damals Staatssekretär für Informationspolitik. Dieser erste europäische Regionalistenkongreß beschloß die Einberufung eines zweiten Kongresses, auf dem die neue Organisation gegründet werden sollte. Jener Kongreß sollte zunächst im italienischen Ort Meran in Südtirol im September 1949 abgehalten werden, wurde jedoch kurzfristig von den Behörden verboten und mußte deshalb nach Versailles verlegt werden. Hier erfolgte dann am 19. und 20.11.1949 die Gründung genau

genommen zweier Verbände: der Union der europäischen Regionen und Minderheiten sowie des Bundesrates der europäischen Minderheiten und Regionen. Für die Union wurde zudem ein Führungskomitee gewählt, während der Bundesrat ein oberstes Gremium in Gestalt einer ständigen Delegation bekam. Gründungsmitglieder waren unter den insgesamt 200 Kongreßteilnehmern vor allem regionalistische Vereinigungen aus Frankreich und Bayern, Exil-Basken, Wallonen und Friesen.

Auch eine kleine Gruppe von Dänen aus Kopenhagen war vertreten, die aus einem idealistischen Interesse für die dänische Minderheit in Südschleswig die Gründung einer eigenständigen Organisation stark befürworteten. Diese Persönlichkeiten - vor allem der Richter Jörgen Kiesbye Möller und der spätere Direktor des „Grænsejøreningen“ O. M. Olesen - verstanden ihre aktive Teilnahme am Kongreß aber durchaus als Interessenwahrnehmung der dänischen Minderheit in Südschleswig. Deshalb war es auch kein Zufall, daß der Gründungskongreß auf Vorschlag Kiesbye Möllers den führenden dänischen konservativen Politiker und ehemaligen Verteidigungsminister Ole Björn Kraft in absentia zum Präsidenten des Föderationsrats wählte. Kraft war Befürworter einer aktiven dänischen Politik zugunsten der dänischen Minderheit in Südschleswig. Vizepräsidenten wurden der exil-baskische Regierungschef Jose Antonio de Aguirre, der erste Vizepräsident der belgischen Abgeordnetenkammer, Francois van Belle, der ehemalige Schweizer Bundespräsident Marcel Pilet-Golaz sowie der vormalige bayerische Minister und Bundestagsabgeordnete der Bayernpartei, Joseph Baumgartner. In die ständige Delegation des Bundesrates der europäischen Minderheiten und Regionen wurden unter anderen gewählt der wallonische Autor Charles Pliesnier, der belgische Vizepräsident der Europäischen Bewegung, Henry Brugmans, und Pi y Suner, der vormalig Minister der katalanischen Regionalregierung gewesen war. Erster Präsident der „Föderalistischen Union Europäischer Minderheiten und Regionen“ wurde zugleich Charles Pliesnier.

Als Kraft von seiner Wahl erfuhr, lehnte er es allerdings ab, Präsident zu sein, war aber einverstanden, die Position des Ehrenpräsidenten sowohl des Bundesrates als auch der Union zu übernehmen. Diese Position hatte er viele Jahre lang inne, wurde aber insbesondere Anfang der 1950er Jahre von weiteren, zeitgleich amtierenden Ehrenpräsidenten u. a. aus Südtirol, Schottland und der Bundesrepublik Deutschland begleitet. Der erste Präsident beider Organisationen wurde statt seiner Charles Plisnier. Einfacher gestaltete sich die Berufung des Generalsekretärs: der Bretone und Föderalist Joseph Martray übernahm dieses Amt für beide neuen Organisationen, mußte es allerdings ehrenamtlich neben seiner anspruchsvollen Hauptbeschäftigung im Verband La Federation

ausüben.

Gemeinsame Zielsetzung der beiden neugegründeten Organisationen FUEMR war die Arbeit für die Erschaffung eines geeinten Europas, das föderalistisch, aber auch auf dem (der katholischen Soziallehre entsprungenen) Subsidiaritätsprinzip basierend organisiert werden sollte. Der Begriff „Föderalistische Union“ im Namen der späteren FUEV bezieht sich auf diese Zielsetzung. Die Union war von Anfang an nicht als Föderation, sondern bewußt als Föderalistische Union konzipiert. Sie verstand sich deshalb in der Anfangsphase auch als fester Bestandteil der europäischen Kooperation, wie sie insbesondere von der Europa-Union erstrebt wurde. Die Minderheitenunion war konsequenterweise auch Mitglied dieser europäischen Einheitsbewegung EUF und nahm regelmäßig bis 1956 an deren Zentralaussschußsitzungen in Paris teil.

Die Wurzeln der FUEV finden sich also in einer Mischung von Regionalismus, Föderalismus und Minoritätenbewußtsein. Die FUEV war somit ein eigenständiges Produkt einer Bewegung, die als Folgeerscheinung des Erlebnisses des Zweiten Weltkrieges verstanden werden kann. Die neue Organisation stand allerdings nicht in einer Kontinuität zu den Nationalitätenkongressen der Zwischenkriegszeit, die in den Jahren 1926 (Genf) bis 1938 (Stockholm) abgehalten worden waren. Obgleich die FUEV sich seit Mitte der 1950er Jahre als Nachfolgeorganisation verstand, war dies keineswegs richtig. Im Selbstverständnis der Gründer spielte sogar die Hervorhebung einer Diskontinuität zu den Nationalitätenkongressen eine Rolle, da diese Kongresse als deutschdominiert und -instrumentalisiert angesehen wurden - nicht zuletzt wegen der starken Vertretung deutschsprachiger Minderheiten. Die später in der FUEV bis zum heutigen Tage oftmals beschworene Kontinuität war also konstruiert, wurde aber danach so oft wiederholt, daß sie zum Allgemeingut und wichtigen Bestandteil des Selbstverständnisses der FUEV geworden ist. Allerdings gab es auch in dieser Hinsicht unterschiedliche Interpretationen. So hob der damalige Generalsekretär Povl Skadegård in seiner Rede zum 20jährigen Jubiläumskongreß 1969 in Colmar/Elsaß die Unterschiede zwischen FUEV und Nationalitätenkongreß hervor, obgleich er Mitte der 1950er Jahre derjenige gewesen war, der den Kontinuitätsgedanken aus der Taufe hob. Wie dem auch sei, die Nationalitätenkongresse spielten in der FUEV eine gewisse Rolle - und spätestens nach dem ersten Nachkriegs-Nationalitätenkongreß 1985 in Genf wurde daraus auch ihre Legitimation abgeleitet.

Die zweite Gründung: Der Kopenhagener Kongreß 1951

Der anfängliche Idealismus nach der Gründung der Union im November 1949

verblaßte schnell. Die Organisation hatte zwar einen eigenen Generalsekretär in Paris und einen wallonischen Präsidenten sowie ein namhaftes Präsidium. Aber die Arbeit kam über Bemühungen und Sitzungen nicht heraus. 1950 wurde eine Bundesratssitzung in Leeuwarden abgehalten, die später fälschlicherweise als 2. Kongreß bezeichnet wurde. Es handelte sich jedoch lediglich um eine Sitzung im erweiterten Bundesrat, die den Charakter eines Arbeitstreffens zur Positionsbestimmung hatte. Hier nahmen zum ersten Mal auch Angehörige der drei Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland teil. Insbesondere die Nordfriesen waren zahlreich durch führende Persönlichkeiten vertreten, während die deutsche Minderheit in Dänemark mit einem, die dänische in Schleswig-Holstein mit einer Handvoll Repräsentanten vertreten war. Unter den dänischen Südschleswigern befand sich u.a. der spätere FUEV-Präsident und -Generalsekretär Hans Ronald Jørgensen. Es beteiligte sich auch eine Interessenvertretung der evakuierten Bevölkerung Helgolands an den Erörterungen. Ihr Anliegen wurde insbesondere von den West- und Nordfriesen aufgenommen, die die Helgoländer als Friesen ansahen. Auch in Leeuwarden kam es zu lebhaften Erörterungen und engagierten Programmerkklärungen, die allerdings nur zögerlich oder gar nicht umgesetzt wurden. Das Generalsekretariat in Paris war überlastet mit anderen Verpflichtungen in der föderalistischen Bewegung. Allerdings wurde in Leeuwarden der Vorschlag gemacht, einen weiteren, den nach Paris und Versailles dritten Kongreß europäischer Minderheiten und Volksgruppen zu organisieren. Auf einer Vorstandssitzung in Paris wurde der Vorschlag Ende November 1950 zum Beschluß. Ein dänisches Organisationskomitee um das Bundesratsmitglied Jörgen Kiesbye Möller, aber mit seinem späteren Nachfolger Povl Skadegård als Vorsitzendem wurde mit der Durchführung beauftragt. Dieses Komitee umfaßte eine Reihe aktiver, junger dänischer Persönlichkeiten, die alle auf unterschiedliche Weise mit der Südschleswig-Frage befaßt waren. Insbesondere die parteiübergreifende Organisation „Ungdommens Sydslesvigsmøder“, dessen Vorsitzender Povl Skadegård als Vertreter der dänischen physiokratischen Partei Retsforbundet war, spielte dabei eine maßgebliche Rolle. Über einige Jahre hinweg kann sogar festgestellt werden, daß Ungdommens Sydslesvigsmøder, nachdem deren Aktivitäten in Dänemark auf Null gesunken waren, sich ausschließlich der FUEMR-Arbeit annahmen.

Der Kopenhagener Kongreß wurde ein voller Erfolg, obgleich noch einige Wochen vor Eröffnung keinesfalls feststand, ob er tatsächlich stattfinden würde. Die Finanzierung war nämlich gänzlich ungesichert. Letztendlich sicherte aber der Ehrenpräsident Oie Björn Kraft, der zwischenzeitlich dänischer Außenminister geworden war, mittels eines Schecks unbekanntes Ursprungs über 6.000 Dänische Kronen die Durchführung. Es darf die Vermutung angestellt werden, daß

eine kurzfristige Absage des Kongresses zugleich das Ende der Union bedeutet hätte.

Der Kongreß fand vom 8. bis 10.6.1951 statt und wurde von Diskussionen und einer Kommissionsarbeit zur Südschleswig-Frage geprägt. Letztendlich wurden drei Resolutionen angenommen, die bis heute in der Arbeit der Minderheitenunion Nachwirkungen zeigen: Die Südschleswig-Kommission legte unter Vorsitz von Fiermann Clausen (1950-56 Landesvorsitzender und 1949-53 zugleich Mitglied des Deutschen Bundestages für die dänische Minderheitenpartei SSW) eine Resolution vor, in der das Selbstbestimmungsrecht, das Elternrecht sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung als Prinzipien für die Entfaltungsmöglichkeiten aller Minderheiten gefordert wurden. In einer weiteren Resolution wurde die Bildung eines europäischen Gerichtshofes gefordert, der sich außer der allgemeinen Menschenrechte insbesondere auch der Minderheitenrechte annehmen sollte. Schließlich wurde in einer Resolution die Gründung einer weiteren, insgesamt der dritten europäischen Minderheiteninstanz beschlossen: Ein Informationsbureau für Minderheiten, dessen Leiter der dänische Polizeiasessor Per Thaulow wurde. Thaulow war vorher ebenfalls Mitglied des Organisationskomitees gewesen.

Neben diesen Resolutionen wurde im Vorwege noch ein weiterer Entschluß gefaßt, der prägend für die organisatorische Arbeit der Union werden sollte. Nachdem das dänische Organisationskomitee auch den Bund deutscher Nord-schleswiger in Apenrade eingeladen hatte, reagierte die deutsche Minderheit in Dänemark mit der Forderung, Deutsch müsse neben der bisherigen einzigen Organisationsprache Französisch und der Kongreßsprache Englisch als dritte gleichberechtigte Kongreßsprache dienen. Das Organisationskomitee entsprach dieser Bitte - und somit wurden 1951 in Kopenhagen die Weichen gestellt für eine letztendlich über viele Jahre hin dominierende Stellung des Deutschen in der FUEV. Dabei war es für die Union von Vorteil, daß der spätere Generalsekretär Skadegård polyglott war und ohne Schwierigkeiten den Wechsel zwischen Französisch, Englisch und Deutsch vornehmen konnte. Es ist - von heutiger Warte aus betrachtet - nicht ohne Ironie, daß dänische Südschleswig-Aktivisten wie Skadegård den Weg für die bald beherrschende Rolle der deutschen Sprache in die Union ebneten.

Das Informationsbureau

Die Beschlüsse des Kopenhagener Kongresses gaben der Union neuen Auftrieb. Dabei kann die Bedeutung des Informationsbureaus kaum überschätzt werden. Per Thaulow gründete zugleich die englischsprachige Zeitschrift „Small Nations“, für die ein Kontakt- und Korrespondentennetz in den Mitgliedsminder-

heiten Artikel lieferten. Die hier publizierten Beiträge sollten - so die ursprüngliche Absicht - später Bestandteil eines Handbuches zu europäischen Minderheiten werden. Dieses Vorhaben wurde nie realisiert, allerdings publizierte das Informationsbureau eine englischsprachige Sonderpublikation mit dem Titel „European Minorities“ mit Beiträgen von O. M. Olesen zur Rechtsstellung, Povl Skadegård zur Union sowie von Thaulow mit einer Kurzübersicht über insbesondere westeuropäische Minderheiten. Diese Schrift erlangte - weniger trotz als wegen ihres übersichtlichen Umfangs - eine gewisse Reichweite. Außerdem knüpfte Thaulow organisatorische Kontakte zum Europarat, die später von Bedeutung werden sollten. Sie führten zur Erteilung eines Stipendiums des Europarats, das Povl Skadegård ermöglichte, umfassende Reisen durch Europa zu unternehmen zwecks Untersuchung der Lage der verschiedenen Minderheiten. Dadurch wurde ein Netz geknüpft, das zu einer Erweiterung der Union führen sollte. In dieser Zeit erwiesen sich übrigens insbesondere die Cornwallisen als aktive Mitarbeiter, denn deren Vertreterin Helena Charles diente als Beraterin für sprachlich-redaktionelle Fragen. Sie war es schließlich auch, die den Zeitschriftentitel „Small Nations“ statt eines anderen, mißverständlichen Vorschlages („Small People“) als am zweckdienlichsten bewertete. Auch schottische und walisische Organisationen waren aktive Mitglieder. Die Südtiroler, Exil-Basken, Exil-Katalanen sowie in Skandinavien die Samen beteiligten sich ebenfalls aktiv und an hervorgehobener Stelle in der Union. Insgesamt gesehen war die Union in dieser Phase in Westeuropa verankert, wobei zwei sprachliche Umstände zu dieser Verankerung beitrugen: die südwesteuropäischen Minderheiten bedienten sich in der Organisation des Französischen, während die nordwesteuropäischen englisch kommunizierten. Die Minderheiten in Mittel- und Osteuropa waren überwiegend durch in Nordamerika ansässige Exilorganisationen vertreten, wie übrigens auch die Friesen in den USA aufmerksam die Arbeit der Föderalistischen Union Europäischer Minderheiten und Regionen begleiteten. Der Kopenhagener Kongreß von 1951 kann durchaus als zweite Gründung der Minderheitenunion gesehen werden. Kurz darauf löste Povl Skadegård Joseph Martray als Generalsekretär der Union ab.

Der Europarat in Straßburg

Skadegård führte eine Reorganisation und Satzungsänderungen durch und prägte gemeinsam mit seiner Gattin Jytte die weitere Arbeit. Mehrere neue Mitgliedsverbände kamen hinzu, und die FUEV versuchte, eine gesamteuropäische Bedeutung zu erlangen. Trotz wiederholter Anträge auf einen Beobachterstatus beim 1949 gegründeten Europarat wurde diese bedeutende internationale Anerkennung jedoch immer wieder verweigert, bis sie schließlich 1989 er-

reicht wurde. Anfangs war insbesondere Dänemark gegen einen Beobachterstatus.

Insgesamt war von Bedeutung, daß die Union sich sofort der Lobbytätigkeit beim Europarat annahm. Dabei war von Vorteil, daß Povl Skadegård 1951 bis 1953 selber Mitglied des Europarates war, und zwar als Vertreter der liberalen/physiokratischen Partei Retsforbundet. Dies ermöglichte die Herstellung zahlreicher Kontakte, die Jytte Skadegård nach 1953 weiterführen konnte. In dieser Phase entstand auch der Kontakt zum bundesdeutschen CDU-Politiker und späteren Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger sowie zum späteren österreichischen Vizekanzler Bruno Pittermann. Letztgenannter trug später entscheidend zur finanziellen Absicherung und somit auch zur Verwirklichung mehrerer FUEV-Projekte bei.

Die Tätigkeit Jytte Skadegårds im Dienste der Union war natürlich nicht kostenlos. Da die Union selber nicht über zureichende Mittel verfügte, mußten ihre Reisekosten extern finanziert werden. Hier half Graf Hans-Joseph Matuschka, ein hochgestellter Vertreter der westdeutschen Europa-Union, der sehr an Minderheitenfragen interessiert war und schließlich über vorzügliche Kontakte zum bundesdeutschen Auswärtigen Amt verfügte. So wurden Frau Skadegårds Reisen durch die westdeutsche Bundesregierung finanziert, die Abrechnung lief allerdings über die Europa-Union, wohl auch, um etwaige Vorwürfe wegen der Förderung minderheitenpolitischer Zielsetzungen zu unterbinden.

Der Kongreß in Münster 1954

Trotz vielfältiger Aktivitäten der Skadegårds muß festgestellt werden, daß die Minderheitenunion nach wie vor schwach organisiert war. Ein geplanter Kongreß in Lüttich mußte kurzfristig aufgrund schwerwiegender organisatorischer Probleme abgesagt werden, so daß der vierte Kongreß erst 1954 in Münster stattfinden konnte. Die Wahl dieses Ortes kam eher zufällig zustande, da ein Münsteraner

Rechtsanwalt mit einem Herzen für die dort gesprochene niederdeutsche Regionalsprache zu dieser Zeit eine umfassende Korrespondenz mit Povl Skadegård führte. Dieser zufällige Umstand war zugleich charakteristisch für die Inkonsequenz und Improvisation in den ersten Jahren. Auf dem Kongreß in Münster wurde der Westfrieze W. Kok, der hauptberuflich Direktor der Friesischen Akademie in Leeuwarden war, als Nachfolger von Pliesnier zum Präsidenten gewählt. Hier wurde auch Graf Hans-Joseph Matuschka Mitglied des Präsidiums, obgleich auch er keiner Minderheit angehörte, sondern durch den europäischen Föderalismus zur Union gestoßen war. Dieser Umstand wurde später dadurch

kaschiert, daß die offiziellen Annalen ihn als Deutschen aus Polen registrierten. Neben diesen personellen Entscheidungen wurde auch die Satzung der Union überarbeitet. Dabei wurde zum ersten Mal die deutsche Bezeichnung „Volksgruppen“ Teil der offiziellen Bezeichnung - und hier findet sich zum ersten Mal der noch heute gültige deutsche Name Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen. In der englischen Fassung wurde hingegen weiterhin von Minorities und Regions gesprochen. Der Zusatz „and regions“ entfiel erst einige Jahre darauf. Die Satzungsänderung führte zu einer Höhergewichtung der minderheitenspezifischen Zielsetzung, umfaßte jedoch weiterhin auch regionalistische Ansätze, die endgültig erst einige Jahre später aufgegeben wurden. Der Begriff „Volksgruppen“ ist in seinem Bedeutungsinhalt weitergreifend als „Minderheiten“ und ist ursprünglich von genuiner deutsch-österreichischer Bedeutung. Allerdings muß hinzugefügt werden, daß der Begriff „Volksgruppen“ tatsächlich den Weg in die Organisationsbezeichnung über die dänische Sprache gefunden hatte, da der dritte, der Kopenhagener Kongreß bereits die Bezeichnung „Kongreß Europäischer Minderheiten und Volksgruppen“, dänisch: „Kongres af Europæiske Mindretal og Folkegrupper“, führte.

Auf dem Münsteraner Kongreß wurde die endgültige Auflösung des Informationsbureaus beschlossen, nachdem die Arbeit einige Jahre vorher insbesondere wegen Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Generalsekretariat und dem Bureau zum Ruhen gekommen war. Die Aufgaben und Funktionen fielen danach ans Generalsekretariat, das schnell und in der Folgezeit ständig über eine zu große Arbeitsbelastung klagte.

Matuschka und die Grundsätze eines Volksgruppenrechts

Aus gesundheitlichen Gründen schied Kok schon nach wenigen Jahren aus dem Präsidium aus. Matuschka wurde auf Drängen und Vorschlag Skadegårds sein Nachfolger, aber offiziell erst 1957 in Westerland gewählt. Seit 1956 übte Matuschka aber einen erheblichen Einfluß aus und setzte sich insbesondere für die Erstellung einer Reihe von Hauptgrundsätzen eines Volksgruppenrechtes ein. Diese

Arbeit wurde von einer Gruppe deutscher Völkerrechtler übernommen und vom bundesdeutschen Auswärtigen Amt finanziert. Auf dem Kongreß 1956 in Fackersee in Kärnten wurden diese Hauptgrundsätze beschlossen. Sie bildeten in der Folge einen Schwerpunkt in der Arbeit der FUEV, die sich darum bemühte, Minderheitenkonflikten vorzubeugen, sie zu entschärfen oder gar zu lösen, indem die rechtliche Sicherung der jeweiligen Minderheit auf europäischer Ebene gewährleistet wird.

Mitte der 1960er Jahre wurden die Hauptgrundsätze überarbeitet und 1967 in Apenrade in einer neuen Fassung verabschiedet. Auf dem Nationalitätenkongreß in Genf 1985 wurde wiederum eine erneuerte Version angenommen. Das Interesse für ein internationales Volksgruppenrecht ist somit sicherlich einer der Programmpunkte, die am hartnäckigsten von der FUEV verfolgt worden sind und die auch heute angesichts kriegerischer Auseinandersetzungen in Europa nichts an Dringlichkeit und Aktualität verloren haben. Es verdient Anerkennung, daß sich die FUEV von Anfang an für einen umfassenden Minderheitenschutz eingesetzt hat. Hätte sie für ihre begründeten und konsequenten Vorschläge seitens der europäischen Institutionen und Gremien Gehör gefunden, wäre die nach 1989 intensiviertere Diskussion, die zu einer Reihe rechtlich oder moralisch verpflichtender Abkommen in den 1990er geführt hat, bereits 40 Jahre früher gezielt geführt worden. Daß dies nicht der Fall war, kann allerdings umgekehrt auch als Zeichen dafür gedeutet werden, daß die FUEV über lange Zeit nicht die Bedeutung hatte, die ihr insbesondere Povl Skadegård immer wieder öffentlich zuschrieb. Letztendlich waren es jedoch die Bemühungen der FUEV für die Institutionalisierung eines europäischen Minderheiten- oder Volksgruppenschutzes, die nach der Annahme des Bozener Konventionsentwurfes auf dem FUEV-Kongreß 1992 in Cottbus zu einer umfassenden Anerkennung der Arbeit dieser Minderheitenorganisation führten.

Auf dem Wege zu einer „echten“ Minderheitenorganisation

In ihren Ursprüngen war die FUEV - wie oben erwähnt - eine Mischung aus regionalistischen, föderalistischen sowie minderheitenspezifischen Ansätzen, wobei die nationalen Minderheiten anfangs eher eine Nebenrolle, wenn nicht gar untergeordnete Rolle spielten. Dies wurde insbesondere von drei Mitgliedsverbänden kritisiert: den dänischen Südschleswigern, den deutschen Nordschleswigern sowie den Südtirolern. Sie forderten, daß die FUEV sich verstärkt auf die eigentlichen, die nationalen Minderheiten konzentrieren sollte. Dies sollte auch auf der Führungsebene geschehen, da bisher - mit der Ausnahme des Westfriesen Koks - weder die bisherigen Präsidenten noch der amtierende Generalsekretär Minderheitenangehörige waren. Insbesondere die beiden Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland verständigten sich darauf, eine Reform voranzutreiben, so daß zukünftig die Präsidenten in richtigen Minderheiten verwurzelt seien, aus jeweils anderen Minderheiten stammen sollten und höchstens für zwei aufeinander folgende Perioden gewählt werden konnten. Dieses Prinzip führte auf dem Kongreß in Aachen 1959 zur Wahl des deutschen Nordschleswigers Hans Schmidt zum neuen Präsidenten. Dies geschah auf Vorschlag der dänischen Minderheit, vertreten durch den damaligen Vorsitzenden des Sydsles-

vigsk Forening, Hermann Tychsen. Hans Schmidt vertrat zugleich die deutschen Nordschleswiger als Abgeordneter im dänischen Parlament. 1963 folgte ihm auf dem Kongreß in Aosta in Italien der dänische Südschleswiger Svend Johannsen, der 1948-49 Gründungsvorsitzender des SSW war.

Die stärkere Betonung der genuinen Minderheitenarbeit in der FUEV seit Ende der 1950er Jahre ist somit auf die Verständigung insbesondere der beiden nationalen Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland zurückzuführen. Dies ist um so interessanter, als weder die Deutschen in Dänemark noch die Dänen in der Bundesrepublik Deutschland der Hilfe der FUEV bedurften. Ihr Engagement entsprang keinem Kosten-Nutzen-Denken, sondern dem Solidaritätsgefühl mit anderen Minderheiten, deren Lage weitaus schwieriger war als die eigene. Die Verständigung in der FUEV war übrigens nicht ohne kritische Folgen zu Hause, da z.B. innerhalb der dänischen Minderheit die gute Zusammenarbeit mit den deutschen Nordschleswigern innerhalb der FUEV zu einigen kritischen Bemerkungen führte und vielerorts Unverständnis hervorrief.

Bilanz der Åra Skadegård

Die Åra Skadegård dauerte bis Anfang der 1970er Jahre. Sie war gekennzeichnet vom Idealismus und immensen Arbeitseinsatz des Ehepaares Skadegård, aber auch durch eine ständige finanzielle Krise, die letztendlich nur dadurch gelöst werden konnte, daß die Verbände der Deutschen in Dänemark und der Dänen in der Bundesrepublik gemeinsam den Entschluß faßten, zumindest die Schulden der FUEV zu begleichen. Hinzu kam eine Absicherung des laufenden Etats, wobei diese beiden Minderheiten gemeinsam mit den Südtirolern und dem Sudetendeutschen Rat die größten Beiträge erbrachten.

In der Zeit Skadegårds fällt auch die Einbeziehung der deutschen Vertriebenen in die FUEV, wobei Skadegård vielerlei Kontakte knüpfte, aber letztendlich nur die Vertretung der Sudetendeutschen in der Bundesrepublik die Vollmitgliedschaft erhielten. Umgekehrt engagierte Povl Skadegård sich auch in Projekten der Vertriebenenverbände, zu denen er ein inniges Verhältnis pflegte. In dieser Zeit wandelte Skadegård sich von einem sehr national eingestellten Dänen zu einem Internationalisten konservativer Prägung, der sich nicht zuletzt der Belange der Sudetendeutschen annahm. Sie dankten ihm und seiner Gattin die Rolle als Fürsprecher und insbesondere die Arbeit innerhalb der FUEV im Jahre 1972 mit der Auszeichnung des von den Sudetendeutschen verliehenen Europäischen Karlspreises (der jedoch nicht mit dem gleichnamigen Preis der Stadt Aachen verwechselt werden darf). In der Laudatio wurden sie als „Elternpaar der europäischen Minderheiten“ bezeichnet. Diese innige Verbindung der Skadegårds mit den Sudetendeutschen wurde insbesondere von der dänischen und

national-friesischen Minderheit in Schleswig-Holstein wiederholt und heftig kritisiert.

In die Åra Skadegård fällt in den 1960er Jahren auch die Gründung einer Jugendkommission, die auf Vorschlag der Sudetendeutschen gebildet wurde und die mit so viel organisatorischem Erfolg arbeitete, daß sie 1984 eine eigenständige, unabhängige, aber eng mit der FUEV zusammenarbeitende Organisation bildete; die Jugend Europäischer Volksgruppen. Langjähriger Vorsitzender der Jugendkommission warum. der heutige SSF-Vorsitzende Heinrich Schultz.

Die Bedeutung der Skadegårds ist nicht zu unterschätzen. Ohne ihr Engagement gäbe es wahrscheinlich heute keine FUEV. In Eigenarbeit organisierte insbesondere Jytte Skadegård als Organisationsleiterin die Kongresse, und sie unternahm Studienfahrten in die verschiedenen Minderheitsgebiete in West-, aber mehrfach auch nach Osteuropa. Povl Skadegård half auch der Zeitschrift „Europa Ethnica“ ins Leben, die insbesondere auf deutsch-österreichische Initiative hin und direkt oder indirekt durch Massenabonnements sowie durch staatliche und den Regierungen verbundene Stellen gefördert wurde. Die Probeausgabe wurde als Sonderheft 1958 publiziert, und zwar mit dem Untertitel „Zeitschrift der föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen¹“. Die Zählung nannte den 18. Jahrgang, da sich Europa Ethnica in der Nachfolge der Zeitschrift „Nation und Staat“ verstand, die in der Zwischenkriegszeit zunächst in Verbindung mit den Europäischen Nationalitätenkongressen, später als dem Nationalsozialismus treu ergebene Zeitschrift des Verbandes deutscher Volksgruppen in Europa publiziert wurde.

Erst 1961 erschien die zweite Ausgabe von Europa Ethnica, allerdings erneut im 18. Jahrgang. Der Untertitel lautete nunmehr jedoch „Vierteljahresschrift für Nationalitätenfragen“. Hier wurden in den Folgeausgaben auch die „Mitteilungen der FUEV“ publiziert, obgleich nicht von einer eigentlichen Mitgliederzeitschrift die Rede war. Skadegård realisierte zudem in Zusammenarbeit mit dem Grazer Wissenschaftler Manfred Straka die Herausgabe des - später in mehreren Zusammenhängen und berechtigt kritisierten - Handbuches Europäischer Volksgruppen. Damit wurde ein Projekt realisiert, das, wie erwähnt, bereits 1951 vom damaligen Informationsbureau in Kopenhagen in Angriff genommen worden war.

Die europäische Herausforderung

Nach dem Tode Jytte Skadegårds kurze Zeit nach dem Kongreß 1973 in St.Malo - wo Hans Ronald Jorgensen nach heftiger Diskussion um die Zukunft

der Union zum neuen Präsidenten in der Nachfolge des Südtirolers Friedl Volgger gewählt worden war - trat auch Povl Skadegård Anfang 1974 von seinem Amt als Generalsekretär zurück. Die Union mußte sich neu orientieren. Dabei spielten wiederum die Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland sowie die Südtiroler eine prägende Rolle. Es wurden zahlreiche Versuche unternommen, eine effektivere Organisation zu bilden und zudem eine gesicherte finanzielle Basis zu finden. In diesem Zusammenhang strebte die FUEV wieder verstärkt nach europäischer Anerkennung auch im Europaparlament. Dabei wurden vielfältige Kontakte nicht zuletzt aufgrund der bedeutenden Unterstützung Südtiroler Europaparlamentarier geknüpft. Zu einer institutionellen finanziellen Förderung durch den Europarat oder der EU kam es jedoch bis heute nicht. Diese Entwicklung hängt eng mit der Präsidentschaft des Südtiroler Senators Karl Mitterdorfer zusammen, dessen langjährige Mitarbeit in der FUEV und dessen vielfältige Kontakte zu zentralen Persönlichkeiten des politischen Lebens zu einer Mehrung der Bedeutung der FUEV beitrugen. Dies war insbesondere deshalb wichtig, weil die FUEV sich in den 1970er und 1980er Jahren in ihrem Vertretungsanspruch für die betroffenen Minderheiten durch Neugründungen weiterer internationaler Minderheitenzusammenschlüsse bedroht sah. Auch die Versuche, die Tradition der Nationalitätenkongresse der Zwischenkriegszeit fortzuführen, waren zunächst wenig erfolgreich. Der von der FUEV gemeinsam mit anderen Organisationen durchgeführte Nationalitätenkongreß 1985 in Genf hatte nicht unbedingt die erhoffte Signalwirkung und ging in der mannigfaltigen Internationalität dieser Stadt unter. Der Genfer Kongreß wurde dabei bewußt als 15. Nationalitätenkongreß bezeichnet. Später wurde zwar die Benennung sowie ab dem FUEV Jubiläumskongreß in Versailles 1989 auch die Zählung der Nationalitätenkongresse fortgeführt. Die FUEV war aber eine Organisation und konnte trotz eindeutig artikulierter Ambitionen nicht als Fortsetzung der alten Nationalitätenkongresse funktionieren. Hinzu kam - wie erwähnt - eine gewisse Konkurrenzsituation im Verhältnis zu einer Reihe anderer internationaler Organisationen, die sich der Minderheitenfrage annahmen. Die keltischen und südwesteuropäischen Minderheiten gründeten eigene Foren. Eine neue Organisation wurde seitens des Europaparlaments auch finanziell gefördert: das Europäische Büro für Weniger Verbreitete Sprachen in Dublin, während Bestrebungen seitens der FUEV nach einer entsprechenden Förderung erfolglos blieben. Dabei wurde inoffiziell immer wieder, aber jeweils hinter vorgehaltener Hand seitens europäischer Institutionen darauf verwiesen, daß sich in der FUEV auch Mitgliedsverbände befanden, deren Zielsetzung und Hintergrund als problematisch und nicht förderungswürdig betrachtet wurden. Dies war einer von mehreren Beweggründen, die 1984 zur Bildung der Jugend Europäischer Volksgruppen führte, die darauf-

hin vom Europarat auch institutionelle Förderungen erhalten konnte.

Ein ständiges Generalsekretariat

Nach dem Ausscheiden Povl Skadegårds als Generalsekretär 1974 wurde diese Position zunächst vom dänischen Südschleswiger Olav Meinhardt wahrgenommen, in enger Zusammenarbeit mit Hans Ronald Jørgensen, der 1973-77 FUEV-Präsident war, aber gleichzeitig als Generalsekretär des kulturellen Hauptverbandes der dänischen Minderheit (dem SSF) über einen nützlichen organisatorischen Apparat verfügte. Nach seiner Pensionierung wurde er 1982 Generalsekretär der FUEV. In Zusammenarbeit mit seinem Nachfolger als Generalsekretär und dem späteren FUEV Vizepräsidenten Karl Kring sowie dem damaligen Vizepräsidenten Ernst Meyer ermöglichte die Einrichtung eines ständigen Generalsekretariats in Flensburg. Im Jahre 1988 übernahm der deutsche Nordschleswiger Armin Nickelsen die Stelle des Generalsekretärs. Erstmals konnte diese zentrale Funktion vollzeit ausgeübt werden, da die Schleswig-Holsteinische Landesregierung ihn von seiner Konrektortätigkeit im Schulwesen der deutschen Minderheit in Dänemark freistellte unter Weiterzahlung des vollen Gehalts. Diese finanzielle Förderung wurde durch einen institutionellen Zuschuß ergänzt.

Die Zeitenwende in Europa

Infolge der politischen Umbrüche der Jahre 1989 bis 1991 in Mittel- und Osteuropa wurde die FUEV erneuert. Der Jubiläumskongreß 1989 in Versailles war trotz aller vordergründigen Begeisterung dennoch davon geprägt, daß die FUEV damals am Ende ihrer Möglichkeiten angelangt schien. Mittel- und Osteuropa waren nach wie vor durch Exilgruppen vertreten. Dann kam aber im selben Jahr die europäische Zeitenwende, die den Minderheiten und Nationalitäten in Osteuropa eine Renaissance ermöglichte. Bereits zwei Jahre später wurden auf dem Kongreß in Budapest 1991 neue Zielsetzungen gefunden. Die osteuropäische Herausforderung, der sich die FUEV bereits 1990 in München stellte, wurde bewältigt, indem umgehend mit denjenigen Minderheiten Kontakt aufgenommen wurde, die in den vorhergegangenen Jahren nur vorübergehend oder gar nicht in die Arbeit integriert gewesen waren. Hier soll allerdings unterstrichen werden, daß die Thematik der Minderheiten in Osteuropa von der FUEV nie ganz außer acht gelassen wurde. Die FUEV unternahm immer wieder Initiativen, um Kontakte herzustellen und Zusammenarbeitsformen zu finden. Povl Skadegård unternahm bereits in den 1950er und 1960er Jahren mehrere Reisen z.B. ins damalige Jugoslawien, einschließlich des Kosovo und der Woiwodina, in die

Tschechoslowakei sowie zu den Sorben in der DDR. Auch gab es bereits früh Kontakte z.B. zum Verband der Ungarndeutschen und den Deutschen in der Tschechoslowakei, die 1989 zügig wiederhergestellt wurden.

Die Finanzierung

Nach 1990 wurden zahlreiche neue Verbände Mitglied der FUEV. Insbesondere deutsche und ungarische Minderheiten stellten zügig Anträge auf Aufnahme, aber auch viele andere Minderheiten fanden den Weg in die FUEV. Diese Öffnung konnte in finanzieller Hinsicht allerdings nicht durch Eigenmittel der FUEV vorgenommen werden. Die organisatorische Expansion stellte neue Anforderungen an die Strukturen. Deshalb wurde Mitte der 1990er Jahre eine Professionalisierung der FUEV erforderlich. Sie fällt zeitlich mit der Präsidentschaft des Südtirolers Christoph Pan zusammen, der mit großem Engagement die Interessen der FUEV wahrnahm und mit Hilfe seines Südtiroler Forschungsinstituts eine umfassende wissenschaftliche und publizistische Arbeit für die FUEV entfaltete. Der Graubündner Rätoromane Romedi Arquint führte seit 1996 als Präsident diese Arbeit fort. Überhaupt stellten sich zu dieser Zeit neue Aufgaben für das gesamte Präsidium. Die Einbeziehung von Minderheiten im östlichen und östlichsten Europa führten zur Durchführung zahlreicher Studienreisen und Fact-Finding-Missions z.B. in die Woiwodina, nach Rumänien, in die Slowakei, die Ukraine oder zuletzt nach Georgien. Daraufhin wurden Berichte erstellt, die auch eine fundierte Bewertung der jeweiligen Lage und etwaiger Konflikte Vornahmen.

Derartige Initiativen lassen sich jedoch nur auf einer gesicherten finanziellen Basis durchführen. In diesem Zusammenhang spielen institutionelle Förderungen des Landes Schleswig-Holstein, Südtirols und Trients sowie auch Kärntens eine wichtige Rolle. Hinzu kommt eine zweckgebundene Förderung des Generalsekretariats durch die Hermann-Niermann-Stiftung. Eine Förderung durch europäische Institutionen wurde allerdings trotz der Fürsprache mehrerer Politiker nie erreicht. Trotz der Förderung durch die genannten Stellen muß auch 1999 festgestellt werden, daß die FUEV noch keine so starke Struktur besitzt, daß sie in dem Maße für Minderheiten aktiv sein kann, wie sie es erstrebt. Seit 1949 setzen somit die Finanzmittel auch die jeweiligen Rahmenbedingungen für die Arbeit der FUEV. Dies zeigte sich auch beim Abschied des Generalsekretärs Armin Nickelsen im Mai 1999. Die auf seine Person bezogene indirekte Förderung der FUEV durch das Land Schleswig-Holstein lief aus, wird aber durch eine Erhöhung des institutionellen Zuschusses teilweise kompensiert.

Abschließende Bewertung

Die Aufgaben der FUEV sind heute noch zahlreicher und auch komplexer denn je. Die Bedeutung dieser Minderheitenorganisation ist heute größer als vor 10, 20, 30 oder 50 Jahren. Sie ist heute international anerkannt - besitzt den konsultativen Status beim Europarat und den Vereinten Nationen, ist regelmäßig bei KSZE/OSZE-Konferenzen im Begleitprogramm präsent - und ihre Vorstellungen, Anregungen und Gutachten werden immer häufiger auch wahrgenommen. Insbesondere in Mittel- und Osteuropa wird sie als „Player“ anerkannt. Sie hat also eine Reihe der Erwartungen der Gründerjahre erfüllen können. Andere Inspirationsquellen - die des Föderalismus und Regionalismus - sind hingegen ausgetrocknet. 50 Jahre nach ihrer Gründung als betont im politischen Sinne föderalistische Vereinigung von und für Regionalisten und Minderheiten ist sie letztendlich eine Minderheitenunion auf föderaler Basis geworden. Ob dies zugleich der Grund für die allmähliche Abspaltung der westeuropäischen Minderheiten und deren Zusammenschluß in anderen Verbänden war, die sich Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre manifestierten, bleibt dahingestellt.

Dieser Beitrag des neuen Direktors des Institut for Grænseregionsforskning in Apenrade ist eine überarbeitete und gekürzte Fassung des Festvortrages auf dem Jubiläumskongreß der FUEV in Hadersleben am 13.5.1999. Der Autor erstellt zur Zeit eine größere wissenschaftliche Arbeit zur Geschichte der FUEV, die 2000 publiziert werden soll.

Die „Zweite Abstimmung“

Die Folketingswahl am 3. April 1939 in Nordschleswig

von *HANS SCHULTZ HANSEN*

Im Jahre 1951 blickte Redakteur A. Svensson in Hadersleben auf die Wahl zum Folketing am 3. April 1939 zurück: „Der Tag wurde ein Festtag im Zeichen der rotweißen Farben. Alle Mann heraus, schallte es überall, wohin man kam. Die Älteren erinnerten sich an den Widerstand früherer Zeiten gegen den Druck aus dem Süden, und die Jüngeren standen nicht zurück. Es war noch einmal der 10. Februar, nur unter weit ungünstigeren Verhältnissen. Damals ein geschlagenes und blutendes Deutschland vor Dänemarks Tür. Hier ein anscheinend unwiderstehliches neues Deutschland, dessen Hakenkreuzfahnen man an anderen deutschen Grenzen im Sturm marsch vorangetragen sah. An der deutsch-dänischen Grenze wurden sie gestoppt. Der weit überwiegende Teil der Bevölkerung im Grenzland bekannte sich nochmals mit solcher Stärke zu Dänemark, daß keine Mißdeutung möglich war.“

Die Beschreibung von Redakteur Svensson gibt in geraffter Form die Version der Wahl vom 3. April 1939 wieder, die zur dänischen „Erzählung“ von der Zuspitzung des dänisch-deutschen Nationalitätenkonflikts in der Zwischenkriegszeit in Nordschleswig wurde. Zum einen war es die Auffassung von der Wahl als einer „zweiten Abstimmung“, d. h. als einer Bestätigung der Volksabstimmung des Jahres 1920. Zum anderen war es der Stolz, der deutschen Offensive mit ihrem starken Rückenwind aus Süden widerstanden zu haben. Im folgenden soll die entscheidende Wahl aus geschichtlicher Perspektive unter Einbeziehung bisher nicht benutzter Quellen beleuchtet werden.

Der Hintergrund

Als Einleitung ein paar Punkte zum Hintergrund des Wahlkampfes und der Wahl im Jahre 1939:

Erstens: Die deutsche Minderheit in Nordschleswig erkannte in der Zwischenkriegszeit zu keinem Zeitpunkt die dänisch-deutsche Grenze aus dem Jahre 1920 an. Alle Heimdeutschen waren sich einig, eine Änderung der Grenze zu fordern, auch wenn es verschiedene Auffassungen gab, wie weit sie gehen sollte. Einige Heimdeutsche agitierten offen für eine Grenze an der Königsau, aber der politische Führer Pastor Johannes Schmidt zog es vor, die Forderung nicht geographisch zu konkretisieren. Nur durch diese Unklarheit konnte er die

Minderheit Zusammenhalten.

Zweitens: Trotz fühlbarer Verluste im Vergleich zur Volksabstimmung am 10. Februar 1920 war die Zustimmung zur deutschen Minderheit sowohl in den zwanziger als auch in den dreißiger Jahren erstaunlich stabil. Dies galt besonders im Grenzgebiet, wo die Minderheit einen starken Rückhalt bei den heimdeutschen Bauern mit deren vergleichsweise großem Anteil an Grund und Boden hatte. Drittens: Die nationalsozialistische „Machtergreifung“ in Deutschland im Jahre 1933 bedeutete einen gewaltigen moralischen Rückhalt für die Minderheit. Die Revision der Grenzen des Friedens von Versailles war ja ein Kernpunkt der nationalsozialistischen Agitation, und sofort im Frühjahr des Jahres 1933 begannen maßgebliche Nazis in Schleswig-Holstein einen Sturm auf die Grenze von 1920. Obwohl es sich schnell zeigte, daß sie hierfür keine Unterstützung in Berlin fanden, konnte man sich auf dänischer Seite nie sicher fühlen, was Hitler als anscheinend allmächtigem Diktator einfallen könnte - und diese Unvorhersehbarkeit war umgekehrt die Hoffnung der deutschen Minderheit.

Viertens: Die Anziehungskraft, welche die dänische Gesellschaft auf die nordschleswigsche Bevölkerung ausübte, wurde durch die Wirtschaftskrise in den dreißiger Jahren ernsthaft geschwächt. Eine Zwangsauktion nach der anderen überrollte die nordschleswigschen Landwirte, und die Massenarbeitslosigkeit traf viele nordschleswigsche Arbeiter und bedrohte noch mehr.

Fünftens und letztens: Während die Anziehungskraft des Dänentums schwächer wurde, wuchs Deutschlands Prestige. Für denjenigen, der nicht hinter die Propagandafassade des Naziregimes blickte, gab es viel Positives zu vermerken: Die Begeisterung über die sogenannte „nationale Revolution“, Ruhe und Ordnung statt des politischen Chaos der Weimarer Zeit, Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Autobahnen, die Wiederaufrüstung, der erste außenpolitische Triumph mit dem Einmarsch ins Rheinland im Jahre 1936. Es gab jedenfalls genug Menschen, die für die Verbrechen des Nationalsozialismus blind waren: die Gleichschaltung des politischen Lebens und das Verbot aller anderen politischen Parteien außer der NSDAP, die gewaltsame Unterdrückung der deutschen Arbeiterbewegung, die ersten Konzentrationslager, die beginnende Gewaltkampagne gegen die Juden, die Exzesse beim Röhm-Putsch usw.

Die erste deutsche Strategie

In Nordschleswig gab es seit 1933 in der deutschen Minderheit intern eine heftige Rivalität zwischen verschiedenen nazistischen Parteien und sogenannten „Arbeitsgemeinschaften“. 1938 wurden jedoch die einflußreichsten Kräfte in der „National-Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei Nordschleswig“, in der Regel verkürzt zu NSDAPN, vereint. Im selben Jahr wurde die Minderheit nach

deutsch-nationalsozialistischem Muster mit einem Ausdruck der Zeit „gleichgeschaltet“, d.h., die verschiedenen Vereine und Institutionen, welche die Minderheit nach 1920 gegründet hatte, wurden organisatorisch der Partei unterstellt. Die Wahlliste der Schleswigschen Partei zur Folketingswahl am 3. April 1939 trägt den Stempel dieser kurz zuvor erreichten Vereinigung. An erster Stelle der Einheitsliste stand der Parteiführer der NSDAPN, Jens Möller. Nummer zwei war Wilhelm Deichgräber, der ebenfalls der NSDAPN angehörte. Als Nummer drei und vier folgten Chr. Bruhn und Hans Schmidt-Oxbüll, die eigentlich die rivalisierende Partei NSAN, National-Sozialistische Arbeitsgemeinschaft Nord-schleswig, unterstützten. Aber in der Einheitsliste waren sie ohne Wahlchancen, und dasselbe galt für Rudolf Stehr und Hans Hansen auf dem fünften bzw. sechsten Platz, beide sichere NSDAPN-Mitglieder. Auf dem siebenten und achten Platz nominierte die Schleswigsche Partei Wilhelm Koopmann und Sophus Erichsen, die Gesinnungsgenossen des bisherigen und nun ausgeschiedenen Mitglieds des Folketings, des nationalkonservativen Johannes Schmidt-Wodder waren.

Ingrid Riese hat in einer Untersuchung des deutschen Wahlkampfes nachgewiesen, daß es die primäre Strategie der Minderheitenführung war, die Wirtschaftskrise zum Wahlkampfthema zu machen. Die Parole „Kampf um Lebensraum“ wurde bei einem Treffen der heimdeutschen Wahlleitung am 27. Januar 1939 festgelegt und während einer Veranstaltung für Parteifunktionäre am 5. Februar in Tingleff bekanntgemacht. Diese allgemeine deutsche Parole erhielt eine besondere nordschleswigsche Auslegung durch den Parteiführer, Tierarzt Jens Möller aus Gravenstein. Sie beinhaltete einen Stopp der Zwangsauktionen, Schaffung von Arbeitsplätzen, Sicherung der vor 1920 erworbenen Rentenansprüche und der Renten der Kriegsversehrten, leichteren Zugang zur dänischen Staatsbürgerschaft und einen Sitz im Ausschuß zur Reform der Bodengesetzgebung. Die Parole wurde in einem Meer von Plakaten und Flugblättern und in der Wahlzeitung „Hjemstavnsens Røst“ (Stimme der Heimat) verwertet.

Übergeordnet war die Methode, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Dänemark herauszustreichen und gleichzeitig auf die vermeintlich einzig richtige Lösung hinzuweisen: Schaut, wie man es in Deutschland macht. - Eine zentrale Zielgruppe für den Wahlkampf waren natürlich die von der Krise betroffenen Landwirte. Dafür gab es gute Gründe, denn die Hofbesitzer waren auch für die deutsche Minderheit das Rückgrat der nationalen Front. Deshalb wurde behauptet, daß die gute Ernte schon gepfändet wäre, bevor sie eingefahren sei. Die stark steigende Schuldenlast wurde hervorgehoben. Die dänische Regierung habe den Landwirten nur Enttäuschungen gebracht. Ein besonderer Appell wurde an die Landwirte im L. S. (Landbrugernes Sammenslutning), der Vereini-

gung der Landwirte, gerichtet, die eine Krisenbewegung in Opposition zu den traditionellen Bauernparteien und den etablierten landwirtschaftlichen Organisationen war. Eine andere wichtige Zielgruppe waren die Arbeiter. Das Problem für die Schleswigsche Partei bestand jedoch darin, daß die Mehrheit der ursprünglich deutschgesinnten Arbeiter der Partei den Rücken gekehrt hatte, insbesondere nach der Machtergreifung des Nazismus in Deutschland im Jahre 1933. Aber die Partei hoffte, sie mit dem Hinweis auf das umfassende Arbeitslosigkeitsproblem in Dänemark zurückgewinnen zu können. In Dänemark hatte die Arbeiterregierung Stauning sich als unfähig erwiesen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Die Arbeitsvermittlungsstelle war der zukünftige „Arbeitsplatz“ der Arbeiter. Aber auch hier war die angebotene Lösung: Macht es wie in Deutschland. Dies geht deutlich aus einem zweigeteilten Plakat hervor, wo auf dänischer Seite die Arbeitslosen in einer langen Schlange stehen, während auf der deutschen Seite eine entsprechende Kolonne aus Männern in Uniform mit Schaufeln auf den Schultern und Hakenkreuzfahnen auftritt. Hier wird auf den zur Pflicht gemachten deutschen Arbeitsdienst als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit verwiesen.

Der Appell an die Arbeiter gelang jedoch nicht richtig. Vielmehr forderte Hans Davidsen, Vorsitzender des deutsch-kulturellen „Kameradschaftlichen Arbeitervereins 1928“ in Sonderburg, seine Mitglieder auf, die dänische Sozialdemokratie zu wählen. „Wir fühlen uns als dänische Staatsbürger und haben es gut“, fügte er seiner Erklärung hinzu.

Schuld an der wirtschaftlichen Misere in Nordschleswig war nach Meinung der Schleswigschen Partei in erster Linie die dänische Regierung, die trotz des starken liberalen Einflusses als „marxistisch“ und als „Arbeiterregierung“ dargestellt wurde. Die Kritik richtete sich auch gegen den dänischen Reichstag, jedenfalls gegen die sogenannten „Systemparteien“, die immer wieder ihre Wahlversprechen gebrochen hätten und der Krise zu passiv gegenüberstünden. Aber wenn die Wahl nur erst einen deutschen Erfolg gebracht hätte, würden Regierung und Reichstag schon genug zu tun bekommen, um an die Arbeit zu gehen. Deshalb forderte die Schleswigsche Partei die sogenannten „Systemsklaven“ auf, sich aus der Bevormundung zu befreien - natürlich durch eine deutsche Wahl.

In mehreren Plakat- und Flugblattentwürfen war eine Kampagne gegen die Juden vorgesehen. Vieles deutet jedoch darauf hin, daß man sich in der Wahlleitung darüber im klaren war, daß der Antisemitismus nicht das geeignete Mittel war, in Dänemark Stimmen zu werben, jedenfalls nicht, wenn es zu weit ging. Es gab deshalb ziemlich viele Entwürfe antijüdischer Flugblätter und Plakate, die nicht verwirklicht wurden. Man kann sich überhaupt darüber wundern, daß der Antisemitismus in einem Landesteil mit so wenigen Juden ins Feld geführt

wurde. Hier war es wohl die nazistische Ideologie, welche die Schleswigsche Partei veranlaßte, das Thema zu behandeln.

Auch in anderen Bereichen sah man, daß nazistische Parolen ziemlich unkritisch kolportiert wurden, z.B. mit der Parole „Nordschleswig erwache!“, die dem „Deutschland erwache!“ der Hitlerbewegung entsprach. Natürlich kann dies auch mit Absicht geschehen sein, da es ja in den eigenen Reihen der Minderheit eine große Gruppe von überzeugten Nazis gab, an die im Wahlkampf auch appelliert werden sollte. Eine andere Möglichkeit ist jedoch, daß die Wahlleitung derart von der nazistischen Ideologie erfüllt war, daß sie das Gespür dafür verloren hatte, wo die Chancen außerhalb des engen Kreises der Gesinnungsgenossen lagen.

Sonst war es generell die Wahltaktik der Minderheit, an die national Indifferenten oder, wie man damals zu sagen pflegte, die „blakkede“ zu appellieren. Unter anderem deshalb, aber auch wegen der vielen nordschleswigsch sprechenden Heimdeutschen war der größte Teil der Wahlmaterialien dänischsprachig. In der Minderheit gab es völlig unrealistische Vorstellungen von der Anzahl der „blakkede“ in Nordschleswig. So genannte „Bevölkerungsexperten“ legten Berechnungen vor, die zeigen sollten, daß - wenn man die vielen aus dem Norden eingewanderten Reichsdänen abzog, also von der sogenannten dänischen „Überfremdung“ absah - die „blakkede“ eine so große Gruppe ausmachten, daß sie die Mehrheit von der dänischen zur deutschen Seite bringen konnte, wenn sie für die deutsche Sache zu gewinnen war.

Der heimdeutsche Wahlkampf enthielt also bestimmte innere Widersprüche. Hinzu kam, daß er in gewissem Grade auf einer bröckelnden Grundlage beruhte. Die Wirtschaftskrise war nämlich im Frühjahr 1939 nicht mehr so ausgeprägt, wie sie noch zu Beginn der 1930er Jahre gewesen war. Die schwierige Umstellung der Landwirtschaft auf dänische Bewirtschaftung war weit gediehen, und die Rentabilität der nordschleswigschen Höfe lag über der nordjütländischen. Die Zahl der Zwangsauktionen war wieder auf unter 100 im Jahr gesunken - nachdem sie im schlimmsten Jahr 1932 nahe 500 gelegen hatte. Ein vorsichtiger Optimismus zeigte sich. Auch die Arbeitslosigkeit ging zurück, obwohl es noch geraume Zeit dauern sollte, bevor alle Hände wieder zu tun hatten.

Eine neue deutsche Wahlstrategie

Die heimdeutschen Führer wechselten indessen mitten im Wahlkampf die Strategie, als die politische Großwetterlage in Europa plötzlich eine andere Parole aktuell werden ließen, nämlich die Parole der Grenzverschiebung.

Im Frühjahr des Jahres 1938 schaffte Hitler mit Macht, aber ohne Krieg den Anschluß Österreichs an das Dritte Reich. Und im Herbst desselben Jahres konnte

er - mit dem Einverständnis der Westmächte - das Sudetenland, d.h. den deutschdominierten Teil der Tschechei an Deutschland angliedern. In diesem Zusammenhang erklärte Hitler: „Wenn diese Frage (d. h. die sudetendeutsche) gelöst ist, gibt es für Deutschland keine territoriale Frage mehr in Europa.“ Diese Äußerung gebrauchte die dänische Seite selbstverständlich stets und ständig gegenüber den Heimdeutschen, natürlich zu deren großem Ärger. Aber dann geschahen zu Beginn des Jahres 1939 zwei Ereignisse, welche die Unaufrichtigkeit von Hitlers Versprechen offenbarten.

Am 15. März ließ Hitler ohne Vorwarnung deutsche Truppen in Prag einmarschieren. Entgegen allen Vereinbarungen von München „liquidierte“ er den Rest des verstümmelten tschechischen Staates. Die Slowakei erhielt offiziell ihre Selbständigkeit, aber tatsächlich eine von Deutschland abhängige Regierung, während die Reste der Tschechei zu einem deutschen Reichsprotectorat gemacht wurden. Obwohl die Resttschechei nicht in das Deutsche Reich eingegliedert wurde, war es doch für die Mitwelt klar, daß Hitler mit seiner Aggression eine Schwelle überschritten und einen großen Schritt hin zum Angriffskrieg getan hatte. Das nächste Opfer wurde das Memelland an der Grenze zwischen Litauen und Ostpreußen. Es wurde nur eine Woche später, am 23. März, dem deutschen Reich einverleibt. Und da waren die nächsten territorialen Forderungen Hitlers auch schon gestellt - der Anschluß der Freistadt Danzig an Deutschland.

Es ist verständlich, daß Hitlers Erfolge auf der außenpolitischen Bühne sowohl auf die Führer wie auch die einfachen Mitglieder der Minderheit in Nordschleswig tiefen Eindruck machten. Die Grenzrevisionsforderung war bisher nur sehr indirekt im Wahlkampf aufgetaucht, nun wurde sie in der letzten Phase des Wahlkampfes in den Vordergrund gestellt. Die Versuchung war einfach zu groß. Berühmt oder berüchtigt ist das Flugblatt mit der Liste der Triumphe Hitlers:

- 12. März 1938 - Österreich kehrt heim ins Reich
- September 1938 - Das Sudetenland kehrt heim ins Reich
- März 1939 - Böhmen und Mähren werden deutsches Protectorat
- März 1939 - Memel kehrt heim ins Reich

Und dann kam der Zusatz:

- 3. April 1939 - Nordschleswig stimmt für Slesvigsk Parti!

Unausgesprochen: Der Weg des Landesteils nach Deutschland ging über eine Stimme für die Schleswigsche Partei.

Entsprechend schloß der Parteiführer Jens Möller seine Rede bei einer Versammlung am 27. März: „Versailles ist für ewig tot ... Laßt uns zeigen, daß das Wort Kameradschaft kein leerer Begriff für uns ist, sondern heiliger Ernst. Dann wird uns der Wahltag den Sieg bringen. Dieser Sieg wird ein einziger Ruf sein:

Führer mach uns frei!“

Und am 1. April erklärte Christian Bruhn, Mitglied der Apenrader Stadtverordnetenversammlung und Führer der Arbeiter in der Partei: „Wenn wir am 3. April unsere Pflicht tun, dann wird auch bei uns die Hoffnung eine feste Form finden: Ein Volk, ein Reich, ein Führer.“

Die Methoden des deutschen Wahlkampfs und die Rolle der dänischen Polizei

Das Flugblatt und diese Äußerungen weckten naturgemäß gewaltiges Aufsehen in der dänischen Presse. Dasselbe bewirkten die Methoden, die der deutsche Wahlkampf im Landesteil einfuhrte. Sie waren Ausdruck eines Imports der nazistischen politischen Kultur - oder aus einer demokratischen dänischen Sicht vielleicht eher das Fehlen derselben. Und nicht nur die Methoden wurden importiert; ein Großteil der Agitation wurde von jungen Männern der Nationalsozialistischen Erziehungsanstalt Plön durchgeführt. Insgesamt nahmen von dort zwischen dem 23. März und dem Wahltag 150 junge Männer in Begleitung von 21 Lehrern teil. Sie sollten den Wahlkampf vor allem mit Musik versorgen, aber es passierte auch, daß sie beim Kleben von Plakaten und Flugblättern mitwirkten. Sie nahmen es nicht immer genau, wohin die Plakate, Flugblätter und Handzettel geklebt wurden: auf die Mauern öffentlicher Gebäude, auf private Gebäude ohne vorher eingeholte Erlaubnis, auf Straßenschilder, Straßensteine und Briefkästen und - mehr konventionell - auf Telefonmasten. Ertappte man diese sogenannten „Plöner Jungen“ auf frischer Tat beim Plakatkleben, wurden sie von der Polizei ausgewiesen. Die dänische Polizei konnte berichten, daß die „Schleswigsche Kameradschaft“, die heimdeutsche SA, Störungen dänischer Versammlungen eingeübt hatte. So hatten bei einer dänischen Versammlung SK-Männer die ersten Reihen besetzt und versucht, Panik und Tumult auszulösen, indem einige Gesinnungsgenossen so taten, als fielen sie in Ohnmacht, gerade als das Licht im Saal ausgemacht wurde. So etwas war jedoch mehr die Ausnahme, aber es geschah mehrfach, daß heimdeutsche Agitatoren als Gegenredner bei Wahlversammlungen dänischer Parteien auftraten oder Flugblätter u.a.m. vor dem Saaleingang verteilten. Gelegentlich passierte es auch während des Wahlkampfs, daß deutschgesinnte Nordschleswiger die deutsche Flagge mit dem schwarzen Hakenkreuz in einem weißen Kreis auf rotem Grund hißten. Dies stand im Widerspruch zu den Regeln für das Hissen der Flaggen fremder Nationen, und einige Male griff die Polizei ein. Hingegen unterließ es die Polizei, gegen die nazistischen Fahnen bei deutschen Demonstrationmärschen durchzugreifen, wohingegen das Mitbringen von Fackeln verboten wurde. Die Märsche wurden in den Städten mehrfach durchgeführt, u. a. am ersten April in Apenrade, Ton-

dern und Sonderburg.

Zum Wahlkampf der Minderheit gehörten jedoch auch in reichem Maße eher traditionelle und weniger provozierende Methoden. Es wurde eine Rednerliste zusammengestellt, mit deren Hilfe die Ortsvereine Redner für die vielen Wahlveranstaltungen bekommen konnten, es wurden ganz legal Plakate geklebt, es wurde eine Wahlzeitung mit dem Titel „Hjemstavns Rost“ (Stimme der Heimat) herausgegeben, an einem einzelnen Ort außerdem eine lokale Wahlzeitung: „Løjt sogns valgavis“. Und dann wurden Wahlfahrten organisiert, d. h., es wurde dafür gesorgt, daß Wähler ohne Auto zum Wahllokal befördert wurden - damit nahm man ihnen die Entschuldigung, der Wahl fernzubleiben.

Auch auf dänischer Seite gab es einzelne Verstöße gegen die Regeln eines fairen Wahlkampfes. In Uge wurden deutsche Wahlplakate abgerissen, die völlig legal angebracht waren, und an die deutsche Schule in Broager wurde mit Teer die Parole „Nieder mit dem Hakenkreuz“ gemalt. Und wenn junge Menschen in Verbindung mit dem Wahlkampf aufeinanderstießen, geschah es natürlich, daß von beiden Seiten geschrieben und gestoßen wurde. Die deutsche Reaktion auf diese dänischen Schikanen war vielsagend. Einerseits gab es die örtlichen Heimdeutschen, die sich benachteiligt fühlten, aber trotzdem nichts gegen die Angelegenheit durch eine Klage tun wollten - einer von mehreren Belegen, daß die Gemäßigten auf der deutschen Seite sich schwer taten mit der Konfrontation, welche die deutschen Wahlkampfmethoden hervorriefen. Andererseits versuchten die „Nordschleswigsche Zeitung“ und ebenso nazistische Zeitungen in Schleswig- Holstein, die tatsächlich unbedeutenden dänischen Störungen auf eine Ebene zu verlagern, wo sie nicht hingehörten - natürlich mit der Absicht, die deutsche Minderheit als eine von den Dänen terrorisierte Volksgruppe zu beschreiben.

Diese Taktik richtete sich besonders gegen die dänische Polizei, die einige Male regulierend in den Wahlkampf eingriff. Dies geschah beispielsweise, als die Polizei junge Männer von der Führerschule in Plön bei Skajrbask aufgriff oder als die Polizei einen Auflauf junger Heimdeutscher vor dem „Folkehjem“ in Apenrade auflöste, während Hans Hedtoft dort bei einer sozialdemokratischen Wahlveranstaltung sprach. In beiden Fällen wurde gegen die Polizeigewalt geklagt, was jedoch durch offizielle Untersuchungen zurückgewiesen wurde.

Die Aufgabe, die Arbeit der Polizei während des Wahlkampfes zu koordinieren, lag bei der Polizeiadjutantur für die nordschleswigschen Landesteile. Dies war ein besonderes Polizeiamt, das 1934 nach der nationalsozialistischen Machtübernahme eingerichtet wurde, um die polizeiliche Tätigkeit im Hinblick auf die deutsche Minderheit zu überwachen und zu koordinieren. Der Polizeiadjutant sollte sicherstellen, daß die einzelnen Polizeipräsidenten eine einheitliche Linie

z.B. bei Einreiseerlaubnissen und dem Hissen deutscher Fahnen verfolgten, und gegebenenfalls sollte er die polizeilichen Maßnahmen über die Grenzen der Polizeibezirke hinweg leiten. Seit 1935 war Landrat Kresten Refslund Thomsen in Apenrade Polizeiajudant.

Die dänische Verteidigung - „Det unge Grænsevaern“ (Der junge Grenzschutz) und „Danske Samfund“ (Dänische Gemeinschaften)

Die Methoden, welche die Schleswigsche Partei im Wahlkampf gebrauchte, riefen nicht nur inneren Widerwillen bei den Gemäßigten in der Minderheit hervor. Sie weckten auch den Widerstandswillen auf dänischer Seite. Die Hauptbastionen der dänischen Wahlfront waren die nationalen Vereine, nicht so sehr die beiden ältesten, „Sprogforeningen“ (Der Sprachverein) und „Sønderjyds Skoleforening“ (Nordschleswigscher Schulverein), die ja überwiegend kulturelle Aufgaben hatten, als vielmehr die beiden neuen Vereine, „Det unge Grænseværn“ und „Grænsesognetes Danske Samfund“; beide waren im Jahre 1933 als Reaktion auf den sogenannten „Ostersturm“ der schleswig-holsteinischen Nazis gegen die Grenze gegründet worden.

Die Leistung von „Det unge Grænsevaern“ bestand u. a. darin, drei Plakate mit nationalpolitischem Inhalt als Ergänzung der parteipolitischen Plakate der politischen Parteien zu drucken und publik zu machen. Die drei Plakate waren sehr farbig und zugleich recht wortreich. Zwei enthielten ausgeprägt nordische Botschaften: Nordschleswig als Tor des Nordens nach Europa und der Norden als Sicherheit für die Freiheit und Zukunft der Nordschleswiger. Dies stand in genauer Übereinstimmung mit den nordischen Visionen, die besonders die Leiter von „Det unge Grænseværn“ prägten, vor allem dessen Vorsitzenden, den Lehrer Peter Marcussen.

Diese beiden Plakate wandten sich wohl vor allem an diejenigen, die bereits eine überzeugte dänische Gesinnung hatten. Das dritte Plakat protestierte gegen den deutschen Propagandasturm und forderte dazu auf, durch eine dänische Stimmabgabe Ordnung und Freiheit zu unterstützen.

Ganz inoffiziell wurden in einigen Orten Mitglieder von „Det unge Grænseværn“ in Bereitschaft gehalten, Gesetz und Ordnung zu wahren. In Tondern wurden sie diskret entlang der Straße postiert, durch die ein deutscher Demonstrationzug am Abend vor der Wahl marschierte. In Apenrade wurden örtliche Vertrauensleute von „Det unge Grænseværn“ mit Knüppeln ausgerüstet und in der „Jugendburg“ in Bereitschaft gehalten, falls der Propagandamarsch außer Kontrolle der Polizei geraten und zu Überfällen auf Geschäfte o. ä. führen sollte. Dies geschah jedoch nirgendwo.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß der größte Einsatz auf dänischer Seite von

„Grænsesogoneses Danske Samfund“ mit dem Vorsitzenden des Zentralverbands Direktor Martin Hammerich als Stütze geleistet wurde. Auch die übrigen nord-schleswigischen Gebiete wurden nun in die Arbeit der „Danske Samfund“ durch lokale Wahlkomitees einbezogen. Es ging darum, die dänischen Reserven am Wahntag zu mobilisieren, auch wenn die deutsche Präsenz hier nicht so stark war wie im Grenzgebiet. Aber natürlich mußte die Hauptschlacht im Grenzgebiet geschlagen werden, wo die örtlichen „Danske Samfund“ zusammen über eine Mitgliedszahl von über 20.000 verfügten.

Die „Danske Samfund“ sandten einen Wahlaufdruck an die dänischen Zeitungen in Nordschleswig. Hinzu kam eine Wahlzeitung an sämtliche 52.000 Haushalte in Nordschleswig. Sie hatte den Titel „Diese Heimat ist unser“ und war eine Mischung idealistischer Appelle und nüchterner Darlegungen, wie die Entwicklung des Landesteils unter dänischer Regierung verlaufen war und wie die entsprechenden Verhältnisse für Bauern und Arbeiter südlich der Grenze waren. Man braucht kaum hinzuzufügen, daß das Bild beträchtlich von demjenigen abwich, das die Wahl Propaganda der Minderheit vorführte.

Die deutschen Behauptungen wurden außerdem in der Broschüre „Propaganda und Realitäten“ zurückgewiesen, die von den „Danske Samfund“ herausgegeben wurde. Sie war von Troels Fink verfaßt, der als Sekretär während des Wahlkampfes arbeitete. „Propaganda und Realitäten“ wurde an sämtliche Haushaltungen verteilt, die Mitglieder in den „Danske Samfund“ hatten. Hierin hieß es abschließend: „Die Deutschen vergessen, daß das Dänentum in Nordschleswig so fest verwurzelt ist, daß die nationale Haltung dänischer Menschen nicht von wirtschaftlichen Beweggründen bestimmt wird. Das Dänentum ist die selbstverständliche Voraussetzung unseres Daseins und liegt auf einer ganz anderen und weit höheren Ebene, als die Deutschen es verstehen werden.“

Die „Danske Samfund“ wirkten außerdem bei der Organisation von gemeinsamen Wahlveranstaltungen mit Reichstagsabgeordneten der vier großen demokratischen Parteien mit. Und sonst wurde die Form politischer Arbeit geleistet, welche die Deutschen „Kleinarbeit“ nennen. In Apenrade wurde die Stadt in insgesamt 107 Distrikte eingeteilt, so daß jede Straße ihren Vertrauensmann oder ihre Vertrauensfrau erhielt, die großen Straßen mehrere. Die Vertrauensleute sollten Mitglieder werben, Informationen über die Bewohner beschaffen, die in nationalpolitischer Hinsicht unsicher waren, und am Wahntag die Wähler zur Stimmabgabe bringen. Um einen Überblick über alle Wähler zu haben, wurde eine Kartothek mit den Dänischgesinnten, den Deutschgesinnten und den sogenannten „blakkede“ erstellt, die besonders bearbeitet werden sollten. Am eigentlichen Wahntag sorgten die „Danske Samfund“ für das Aufhängen der Fahnen auf den Straßen, und man behielt alle Dänischgesinnten im Auge, damit

sie ihre Stimme abgaben. Für die älteren und gehbehinderten dänischen Wähler wurde hier wie sonst auch an allen anderen Orten ein Fahrdienst zum Wahllokal in privaten und gemieteten Wagen organisiert.

Die dänische Verteidigung - „Dansk Samråd“ (Dänischer Rat)

In der damaligen Zeit wurde viel darüber geredet, daß es das Wahlkampfziel der Minderheit war, zwei statt des bisher einen Mandats im Folketing zu gewinnen. Zunächst entstand die Diskussion um das „zweite Mandat“ jedoch auf der dänischen Seite. Sie wurde von dem damaligen Lehrer an der dänischen Schule in Ladelund Christian Stenz entfacht. Stenz wies auf die Gefahr hin, daß viele neue und kleine dänische Parteien die dänischen Stimmen zersplittern könnten. Auf deutscher Seite wurde das „zweite Mandat“ nie ein offizielles Wahlkampfziel, aber bei der Feier anlässlich des sechsten Jahrestages der Machtübernahme durch Hitler äußerte der Parteiführer Jens Möller in Sonderburg, daß die Minderheit damit rechnete, nach der Wahl zwei Parlamentsmitglieder zu haben - und erntete mit dieser Prophezeiung den „stürmischen Beifall“ von mehr als 1400 Zuhörern. Die Gefahr dänischer Stimmenzersplitterung und destruktiver innerer Parteistreitigkeiten ließen die eine oder andere Form einer parteiübergreifenden dänischen Koalition notwendig erscheinen. Der Leiter der Partei „Dansk Sæmpling“, Arne Sprensen, schlug vor, daß eine gemeinsame dänische Partei in Nordschleswig gebildet werden sollte. So weit wollte jedoch keiner der nordschleswigschen Politiker gehen - es war auch nicht nötig, falls auf andere Weise eine parteienübergreifende Zusammenarbeit etabliert werden konnte.

Bäckermeister Thorvald Petersen in Tondern, der „Venstremand“ (Liberaler) war, wandte sich am 11. Januar 1939 an den Redakteur A. Svensson, der als Konservativer im Folketing saß, und schlug ein Treffen der nordschleswigschen Parlamentsmitglieder (natürlich ohne Pastor Schmidt), der Vorsitzenden der demokratischen dänischen Parteien des Landesteils, der Redakteure der dänischen Zeitungen und der Vorsitzenden der nationalen Vereine vor. Nach Sondierungen unter seinen Reichstagskollegen und in den nationalen Vereinen kam Svensson der Aufforderung nach. Bereits am 21. Januar traf sich der eingeladene Kreis zu einer vertraulichen Zusammenkunft im „Folkehjem“ in Apenrade.

Es war das erste Treffen des Organs, das später den Namen „Dansk Samråd“ erhielt und während der Besatzungsjahre eine bedeutende Rolle spielen sollte. Hier diskutierte man besonders das Risiko, daß es zu einer dänischen Stimmenzersplitterung wegen der vielen kleinen mehr oder minder ausgeprägten Protestparteien kommen könnte neben den vier alten demokratischen Parteien: den

Liberalen, den Konservativen, den „Radikale“ (Radikalliberalen) und den Sozialdemokraten; auch „Retsforbundet“ (die Partei der Bodenreformer) gehörte dazu. Die neuen Parteien waren „Bondepartiet“ (die Bauernpartei), „Nationalt Samvirke“ (der Nationale Bund), „Dansk Sæmning“ (Dänische Sammlung) und die dänische nazistische Partei, „Danmarks National-Socialistiske Arbejder-Parti“. Hinzu kamen auf dem entgegengesetzten Flügel die Kommunisten. Wäre die dänische Aufspaltung der Wählerstimmen groß, könnte dies in Kombination mit einem deutschen Zuwachs vielleicht dazu führen, daß die Minderheit noch ein Mandat erhielte und damit auf zwei Parlamentsmitglieder käme. Eine solche Verdopplung würde zweifellos einen starken Eindruck in Deutschland machen und den Druck auf die Grenze von 1920 bedeutend verstärken.

Um dem entgegenzuwirken, beschloß man den Versuch, die genannten kleinen Parteien dazu zu überreden, nicht in Nordschleswig zu kandidieren. Dies glückte in gar nicht so geringem Umfang. Der nordschleswigsche Kandidat der Bauernpartei, Hofbesitzer Peter Nielsen aus Revsø, kandidierte auf der Liste der Liberalen, und die Bauernpartei verzichtete somit darauf, als selbständige Partei aufzutreten. „Dansk Sæmning“ zog nach und empfahl ihren Wählern im Landesteil, persönlich Peter Nielsen zu wählen. Die Kommunisten forderten entsprechend ihre Wähler in Nordschleswig auf, sozialdemokratisch zu wählen. Damit hatten diese drei Parteien ein bedeutendes Opfer auf dem Altar der nationalen Einheit gebracht. Hingegen glückte es nicht, den sonst so nationalkonservativen Viktor Pürschel zu einem Kandidaturverzicht für „Nationalt Samvirke“ in den nordschleswigschen Wahlkreisen zu bewegen. Es gab niemanden, der mit Fritz Clausens Nazis Zusammenarbeiten wollte.

Im „Dansk Samråd“ versprachen die demokratischen Parteien und Zeitungen einander, die Gegensätze während des Wahlkampfs zu begrenzen. Der Wahlkampf wurde genauer beim nächsten Treffen am 13. März koordiniert. Hier berichtete der Polizeipräsident Agersted von der Polizeiadjudantur in Apenrade über die deutschen Wahlkampfmethoden, aber man zog es vor, auf Polizeischutz bei den dänischen Wahlversammlungen zu verzichten. Man hoffte, mit guten und erfahrenen Diskussionsleitern auskommen zu können.

Das Wahlergebnis und dessen Erklärung

Und dann kam der Wahltag des 3. April. Der Wahlkampf dauerte den ganzen Tag über und führte zu einer Rekord-Wahlbeteiligung in Nordschleswig von 92,4 Prozent - weit über dem Landesdurchschnitt von 79,2 Prozent. Als abends die Stimmen ausgezählt waren, wurde deutlich, daß es der deutschen Minderheit nicht geglückt war, das „zweite Mandat“ zu gewinnen. Es glückte der Minderheit

auch nicht, das nationale Stärkeverhältnis zu ändern. Im Vergleich zur Wahl des Jahres 1935 gab es nur einen kleinen Zuwachs um 0,3 auf 15,9 Prozent. Obwohl dies das beste Ergebnis der Minderheit seit 1920 war, konnte sie nicht die 16 Prozent übertreffen, die während der gesamten Zwischenkriegszeit die Obergrenze des Stimmenanteils der Minderheit darstellte.

Sieht man die Ergebnisse der einzelnen Wahlkreise im Verhältnis zu 1935, so war der deutsche Prozentsatz in Apenrade konstant, und in Lügumkloster nahm er nur um 0,1 Prozent zu. Im Wahlkreis Tondern gab es sogar einen kleinen Rückgang von 0,4 Prozent. Im Grenzgebiet war also nicht mehr für die Minderheit zu holen gewesen. Im Hadersiebener Wahlkreis gab es ebenso einen Rückgang, während der deutsche Zuwachs am größten auf Alsen und im Sundewitt, d. h. in den Wahlkreisen Sonderburg und Augustenburg war. Hier steigerte sich die Minderheit um 1,3 bzw. 1,9 Prozent. Auch in Rödning gab es eine kleine Steigerung: 0,2 Prozent. Das Deutschtum konnte mit anderen Worten in den stärksten dänischen Gebieten Stimmen gewinnen. Hier glückte es in gewissem Grade, die deutschen Reserven zu mobilisieren, die sich in der überwiegend dänischen Umgebung bisher bei Wahlen zurückgehalten hatten.

Obwohl man sich auf deutscher Seite offiziell über den Zuwachs freute, war es tatsächlich ein dänischer Wahlsieg. Die prozentuale Zunahme stand jedenfalls in keinem Verhältnis zu den Hoffnungen und dem Propagandaeinsatz, die den deutschen Wahlkampf geprägt hatten. Die dänische Seite hielt dem Sturm stand und bekräftigte die Grenze des Jahres 1920. Deshalb betrachtete man schon damals die Wahl als „zweite Abstimmung“, und als solche wird sie mit Stolz von der Generation der Dänischgesonnenen in Erinnerung behalten, die den Erfolg errangen, vielleicht besonders von den Jüngeren, die 1920 noch nicht stimmen durften. Heute wissen wir, daß Hitler zu keinem Zeitpunkt ernsthaft daran dachte, die deutsch-dänische Grenze zu ändern. Aber das konnte man damals aus guten Gründen nicht wissen, jedenfalls nicht mit der erforderlichen Sicherheit und schon gar nicht auf dänischer Seite. Letztlich hing Hitlers Politik hinsichtlich der deutsch-dänischen Grenzfrage wohl am meisten von den vorherrschenden außenpolitischen Konstellationen ab, d. h. von Gegebenheiten, auf welche die dänischgesonnenen Nordschleswiger nur geringen Einfluß hatten. Bei der Wahl am 3. April 1939 taten die dänischen Nordschleswiger indessen das, was in *ihrer* Macht stand, um eine Verschiebung der Grenze zu verhindern.

Demokratie und Diktatur

Die Wahl am 3. April 1939 ist überwiegend vor dem Hintergrund des nationalpo-

litischen Konflikts zwischen deutsch und dänisch dargestellt worden. Aber es gab auch eine andere Perspektive - die Wahl zwischen Demokratie und Diktatur. Der sozialdemokratische Parlamentsabgeordnete Hans Jörgen Hinrichsen aus Apenrade ging hierauf bei einem Treffen von „Dansk Samråd“ am 21. Januar 1939 ein, als er erklärte: „Es geht um einen Kampf zwischen Demokratie und Diktatur, hier muß die Trennlinie sein.“ An und für sich war der Konservative Svensson derselben Meinung, aber er unterstrich, daß man die dänischen Nazis nicht völlig aus der dänischen Einheitsfront verstoßen sollte, da man ja ihre Stimmen im dänischen Gesamtergebnis mitzurechnen wünschte.

Indessen erwies sich das Problem als nicht so groß. Fritz Clausens dänische nationalsozialistische Partei erreichte in Nordschleswig 4,7 Prozent der Stimmen. An diesem Ergebnis kann man zweierlei ablesen: Einerseits lag es klar über dem Landesdurchschnitt von 1,8 Prozent - und reichte, um den Parteiführer aus Bovrup in das Folketing zu bringen. Es war auch ein kleiner Zuwachs im Verhältnis zur Wahl von 1935, als die DNSAP 4,4 Prozent erhalten hatte. Ein Teil des Erfolgs der Partei lag darin begründet, daß Fritz Clausen in Nordschleswig zu Hause war. Besonders in Fritz Clausens eigener Heimatgegend in Bovrup, Varnas, Felsted und Ullerup hatte die Partei eine starke Stellung. Darüber hinaus trugen die besonders harten Folgen der Wirtschaftskrise in Nordschleswig zum dänisch-nationalsozialistischen Ergebnis bei, und schließlich kam auch die größere Labilität hinzu, welche die nordschleswigschen Wähler prägte, von denen einige der dänischen Parteienlandschaft unsicher gegenüberstanden.

Andererseits kann man das Echo der DNSAP bei den Wählern in Nordschleswig mit dem Siegeszug des deutschen Nazismus in Südschleswig vergleichen. Hier erreichte Hitlers Partei schon vor der Machtübernahme im Jahre 1933 Stimmenanteile, die weit über 50 Prozent lagen. Damit verglichen erscheinen Fritz Clausens knappe 5 Prozent in Nordschleswig als nicht mehr so viel, und man beachtet eher, daß die demokratischen Parteien, also die Sozialdemokraten, „Det radikale Venstre“, „Venstre“, „Det konservative Folkeparti“ und „Danmarks Retsforbund“, zusammen 79 Prozent der Stimmen bei der Wahl am 3. April 1939 sammeln konnten. Wenn man bedenkt, daß die Krise Nordschleswig mindestens genauso hart wie Südschleswig traf, und wenn man außerdem berücksichtigt, daß es noch nicht einmal ein Menschenalter her war, daß die beiden Teile Schlesiens vereint waren, erscheint diese Perspektive wohl relevant, obwohl Nordschleswig nicht wie Südschleswig unter Komplexen als Folge der Niederlage von 1918 litt.

So betrachtet kann die Wahl vom 3. April 1939 in Nordschleswig auch als klare Unterstützung der demokratischen dänischen Regierungsform durch die däni-

schen Nordschleswiger gelten.

Bei dem vorstehenden Beitrag handelt es sich um die für den Druck überarbeitete Fassung des Vortrags, den der Landesarchivar Dr. Hans Schultz Hansen anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Den anden afstemning - Folketingsvalget den 3. april 1939 i Sønderjylland“ am 15. April 1999 im Landsarkivet for Sønderjylland hielt.

Übersetzung: Dieter Brandt

Literaturverzeichnis

Troels Fink, Sønderjylland siden Genforeningen. København 1955.

Sven Tägil, Deutschland und die deutsche Minderheit in Nordschleswig. Eine Studie zur deutschen Grenzpolitik 1933-1939. Stockholm 1970.

Svend Thorsen, Delt efter anskuelser. Den politiske partidannelses forløb i Sønderjylland efter genforeningen i 1920. København 1970.

Ingrid Riese, Det tyske mindretals valgkamp 1939.1: Historie 1994, 2, S. 177-219.

A. Svensson, Dansk Samraad. I: Sønderjyske Årbøger 1951, S. 1-113.

K. E. Larsen, Fra en stormfuld tid. De sønderjyske Danske Samfunds historie. Sønderborg 1969.

Knud Fanp, Fr. Rudbeck og Inger Björn Svensson, Det unge Grasneværn DUG. Sønderborg 1983.

Jes Caspersen, Sådan var det - Erindringsbilleder. Aabenraa 1990.

Grænsevagten 1939.

Archivalien (Landsarkivet for Sønderjylland)

H.P. Hanssens arkiv nr. 146, korrespondancesager vedr. Landevaemet 1927-1936.

Det tyske mindretals arkiv nr. 44, Schleswiger Wählerverein, Wahlausschuss' korrespondance og propagandamateriale i anledning af folketings- og landstingsvalget 3. april 1939.

Politiadjudanten for de sønderjyske Landsdeles arkiv, journalsager 5950 og 5981.

De sønderjyske Danske Samfunds arkiv nr. 7, valg 1939.

A. Svenssons arkiv nr. 13, referater og sager vedr. møder i Dansk Samraad 1939-41, og nr. 15, forskelligt vedr. Dansk Samraad 1939-47.

Avisudklipssamlingen (Sammlung von Zeitungsausschnitten)

Udenrigsministeriets Pressebureaus udklip vedr. Sønderjylland nr. 99-101, januar-april 1939.

Korrespondenzbüro Nordschleswig, udklip nr. A 9 b, 1939.

Plakatsamlingen

Plakater fra Slesvigsk Parti og Det unge Gramseværn 1939.

Pjecesamlingen (Sammlung kleiner Schriften bzw. Broschüren)

Diverse pjecer og tidsskrifter 1939

Emmy Ball-Hennings als Schauspielerin in Tondern (1906-1908)

Von der Dilettantin zum Ensemble-Mitglied

von *DIETER PUST*

„Ich bin so vielfach“

Unter diesem Motto findet im Grenzland eine große Ausstellung über Emmy Ball- Hennings (1885-1948) statt. Die Ausstellung stammt aus Zürich und war dort vom 25. März bis zum 31. Mai dieses Jahres zu sehen. Über Berlin, wo sie in den Sommermonaten große Resonanz fand, ist sie auf den Museumsberg nach Flensburg gekommen: Vom 5. September bis zum 28. November 1999 können die Besucher die einzelnen Stationen auf dem „Laufsteg des Lebens“ der Emmy Ball- Hennings nachvollziehen. Die Ausstellung wird in Flensburg durch ein umfangreiches Begleitprogramm ergänzt.

Zürich und Flensburg - das hat folgende Bewandnis: in Zürich befindet sich der Nachlaß der Schriftstellerin, Schauspielerin und Kabarettistin, betreut von Bernhard Echte, dem Initiator und Realisator der Ausstellung - in Flensburg hat Emmy Ball-Hennings die ersten beiden Jahrzehnte ihres Lebens verbracht; hier sind die Grundlagen für ihre späteren Entwicklungen gelegt worden.

Auf die Bedeutung der ersten Jahre hat Emmy selbst hingewiesen. An Hermann Hesse schreibt sie Anfang 1938 über ihr autobiographisches Werk „Blume und Flamme“: „Es war eigentlich das allererste, was ich schreiben wollte, weil mir immer war, als sei besonders in der Kindheit schon alles da in zarter Skizze, was es an Möglichkeiten für das reifere Leben gibt ...“¹ Wahrheit und Dichtung - Emmy gestaltet daraus letztlich einen poetischen Traum. Hermann Hesse hat es folgendermaßen formuliert: „Ihre Bücher sind das Gegenteil von l'art pour l'art, sie sind ein Kampf um Wahrheit.“²

Die bisherigen Darstellungen über Emmy Ball-Hennings³ haben ihre autobiographische Aussage weitgehend übernommen. Aufgabe der historischen Forschung ist es hingegen, die Frage nach der historischen „Wahrheit“ in der Dichtung zu stellen. Erste Forschungsergebnisse über Emmys Jugendjahre in Flensburg sind im Katalog zur Ausstellung publiziert.⁴

Ein ungewöhnlicher Lebensweg

Als Tochter eines Flensburger Werfriggers und einer Näherin wurde Emma

Maria Cordsen am 17. Januar 1885 in der Steinstraße 5 in Flensburg geboren. In der Schulgasse besuchte sie den Kindergarten, danach die Mädchenschulen in der Duburger Straße ab 1891 und die neugebaute Schule in der Schulgasse ab 1893 bis zur Konfirmation 1899. - Ihrem leidenschaftlichen Wunsch, Schauspielerin zu werden - Emmy fühlte sich schon in der Jugend von der „Theaterkrankheit“ ergriffen stellten sich die Eltern entgegen . So heiratete Emmy 1904 den Schriftsetzer Joseph Paul Hennings, trennte sich jedoch ein Jahr später von ihm, die offizielle Scheidung erfolgte 1907.

Unstete Wanderjahre als Schauspielerin, Sängerin und Kabarettistin führten sie unter anderem nach Berlin und München. Die Begegnung mit Hugo Ball prägte ihr weiteres Leben. Nach 1914 gingen die beiden, wie viele andere Kriegsgegner und Verfolgte, nach Zürich. Dort gründeten sie in der brodelnden Atmosphäre, zusammen mit anderen, das legendäre Cafe Voltaire und die Galerie Dada. Doch schon bald distanzierte sich Ball von der Dada-Bewegung. Gemeinsam mit Emmy zog er sich ins Tessin zurück, und beide wandten sich in verstärktem Maße der katholischen Kirche zu, was bei vielen ihrer Bekannten und Freunde Befremden auslöste. - Im Tessin lebte Emmy die beiden Jahrzehnte nach Balls Tod in enger Nachbarschaft zu Hermann Hesse; ihr Briefwechsel ist ein großartiges Dokument literarischer Freundschaft. - Ein finanziell gesichertes Leben hat Emmy Ball- Hennings nie geführt. Materielle Armut bestimmte sowohl ihr Bohemiendasein mit Ball als auch ihr Leben nach seinem Tode im Jahr 1927. Bevor sie selbst am 10. August 1948 verstarb, schlug sie sich zeitweilig als Fabrikarbeiterin und Haushaltshilfe durch.⁵

Emmys „Vielfachheiten“ kommen auch in ihrem schriftstellerischen Werk zum Ausdruck. Sie verfaßte die erste Biographie über den Dichter Hugo Ball, sie schrieb mit „Blume und Flamme“ und „Das flüchtige Spiel“ autobiographische Werke. Sie führte Vortragsreisen durch und schrieb Feuilletons. Sie gab Gedichtbände heraus: „Die letzte Freude“, „Helle Nacht“ und „Der Kranz“ - als Schriftstellerin veröffentlichte sie die Bücher „Das Gefängnis“ und „Das Brandmal.“ Im Nachlaß in Zürich befinden sich Buchmanuskripte und Hunderte von Briefen.

Die Schriftstellerin Emmy Ball-Hennings ist noch zu würdigen, ihr literarisches Werk in die Literaturgeschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts einzuordnen. - Im folgenden soll der Weg der jungen Emmy von der Dilettantin zur Schauspielerin, insbesondere in Tondern 1906 bis 1908, im Rückgriff auf bislang ungenutztes Quellenmaterial⁶ erhellt werden.

Von der Dilettantin zum Mitglied wandernder Schauspieltruppen

Um die Jahrhundertwende existierte eine vielfältige Theaterlandschaft in unse-

rem Lande. Überall wurde Theater gespielt - aus dem Volk der „Dichter und Denker“ war „ein Volk der Schauspieler“ geworden. Es lassen sich drei Typen von Theatern unterscheiden: erstens die professionellen Stadttheater, zweitens die halbprofessionellen Wandertruppen und drittens die Dilettanten, meist in Vereinen zusammengeschlossen. Anfang des Jahrhunderts gab es im Lande professionelle Theaterstätten in Altona, Wandsbek, Itzehoe/Tondern, Plön, Meldorf/ Kappeln, Husum/Hadersleben, Flensburg, Schleswig, Eckernförde und Kiel. Hauptspielzeit war das Winterhalbjahr, meistens von Oktober bis März/April. Engagements galten normalerweise für eine Spielzeit. - Daneben gab es an vielen Orten Sommertheater, so daß die Schauspieler auch für diese Zeit ihre Existenz sichern konnten.

Es erscheint als unerklärliches Phänomen, wie die Volksschülerin Emmy Cordsen ihre schauspielerischen Fähigkeiten so entwickeln konnte, daß sie als Dilettantin nach kurzer Zeit als Mitglied wandernder Schauspieltruppen aufgenommen wurde. Als Kind besuchte sie mit Begeisterung Aufführungen des Flensburger Stadttheaters und spielte selbst in der Nachbarschaft bei Kindertheateraufführungen. Zusammen mit ihrem späteren Ehemann Joseph Hennings wirkte sie in Dilettantengruppen mit, die beim Flensburger Stenographenverein und dem Naturheilverein auftraten. Als Schriftsetzer hatte Joseph Hennings beruflich mit Stenographie zu tun, im Verein war er zeitweise im Vorstand als Schriftführer, und als Abstinenzler schloß er sich der damals allgemein verbreiteten Naturheilbewegung an.

Das gemeinsame Theaterspielen führte Emmy und Hennings zusammen - und brachte sie auch wieder auseinander.

In Elmshorn - die Einzelheiten sind noch nicht ganz geklärt - wurden beide 1905 offenbar in die dort auftretende Schauspielergesellschaft Schmidt-Agte aufgenommen, mit der Emmy im Herbst 1905 in Kappeln und Umgebung auftrat - sie war engagiert als „Naive“.⁷ Joseph Hennings war nicht mehr dabei - er hatte das Engagement plötzlich verlassen, ohne Mitteilung an seine Frau. Der Grund für die Trennung dürfte an Emmys Bindung an den Schauspieler Wilhelm Vio liegen. Jedenfalls taucht Joseph Hennings während der Spielzeit 1905/06 in Tondern als „Kassierer“ in der Schauspielgruppe Oskar Brønner auf.⁸ Wie schon in den Vorjahren üblich, kehrte die Theatergesellschaft Schmidt-Agte, der Emmy Hennings und Wilhelm Vio jetzt angehörten, zur Sylvesteraufführung nach Meldorf/Dithmarschen zurück. Hier hatte die Truppe ihren Hauptsitz, hier war sie bekannt unter der Bezeichnung „Stadttheater-Ensemble Meldorf“. Von Januar bis März/April fanden dann hier die Aufführungen der Wintersaison statt, normalerweise zwei bis drei wöchentlich. Außerdem erfolgten Gastspiele in umliegenden Orten.

Spielstätte des Meldorfer Stadttheaters war das Lokal „Zum Deutschen Haus“, die Wintersaison 1906 begann am 17. Januar. Bis zum 5. April wurden mindestens zwanzig Vorstellungen gegeben. Der Spielplan enthielt fast alle zuvor in Kappeln aufgeführten Stücke.⁹

Den Sommer über waren Emmy Hennings und Wilhelm Vio in der Provinz Posen im Engagement. In Schlesien brachte Emmy ihre Tochter Annemarie zur Welt, die auf den Mädchennamen der Mutter, Cordsen, getauft wurde. Vater des Kindes war wohl Emmys Lebensgefährte Wilhelm Vio, den sie in ihren Erinnerungen „Ravelli“ nennt. Im September 1906 kam Emmy mit ihrer neugeborenen Tochter nach Flensburg. Daß sie ihr Kind bei der Mutter zurückließ, begründete sie später so: „Von einer Spielgier besessen, von einer Wander- und Melodien-sucht, war selbst mein Kind nicht fähig, mich zurückzuhalten. Das Ungewisse, in das es mich hineinzog, war stärker noch als die Liebe zu meinem Kinde.“

Emmy Hennings in Tondern 1906/08

Bisher war unklar, wo sich Emmy Hennings nach ihrer Rückkehr aus Schlesien und dem Besuch in der Heimatstadt Flensburg ab September 1906 aufgehalten hat. Die „Tondernsche Zeitung“ brachte es an den Tag: „Fräulein Emmy Hennings“ wirkte als Schauspielerin in Tondern. Wie auch Wilhelm Vio gehörte sie zur Theatergesellschaft Oskar Brønner, die insgesamt achtzehn Mitglieder umfaßte. Die wichtigste Quelle für die schauspielerischen Aktivitäten von Emmy Hennings in diesen Jahren sind - neben dem Theater-Almanach - die Tageszeitungen; denn die oft erwähnten Theaterzettel, auf denen sich alle Einzelheiten befanden, sind verschwunden.

Der Theater-Almanach 1907 gibt als Spielzeit der Direktion Oskar Brønner in Tondern an: 30. September 1906 bis Palmsonntag 1907. Im November 1906 gastierte das Ensemble am Metropol-Theater in Bremen, wo es auch ab 1. April 1907 wieder auftrat.¹⁰

Spielstätte in Tondern war die „Tonhalle“, von der Lokalpresse oft als „Musentempel“ bezeichnet. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts führte das Restaurant den Namen „Zum goldenen Klotz“, wurde aber in der 1870er Jahren „verfeinert“ zu „Stadt Wien.“ Nachdem der Gesangverein später hier sein Stammlokal einrichtete, erhielt es ab 1885 den Namen „Ton-Halle“. In den Folgejahren wurde durch größere Umbauten u. a. ein geräumiger Theatersaal geschaffen. Dort gaben Theatergesellschaften, die während des Sommers in den Badeorten Gastspiele absolvierten, im Winter dreimal wöchentlich Aufführungen.¹¹ Das Brønnersche Theaterensemble wurde durchweg von der Kritik gelobt. Es sei „wirklich nicht mit denen zu vergleichen, die in den letzten Jahren hier aufgetreten sind. Es handelt sich nun wirklich nicht um Schmierenskomödi-

anten.¹² Das Ensemble leistet weit über das Durchschnittsmaß Hinausgehendes.¹³ Legt man den Maßstab für eine Provinzialbühne an, so mußte man wirklich staunen, welche ausgezeichneten Kräfte, sowohl stimmlich wie mimisch, Herr Direktor Brønner sich erworben und wie er selbst ein Können verriet.¹⁴

In diese positive Kritik wurde „Fräulein Emmy Hennings“ viele Male ausdrücklich einbezogen.

Über die Aufführung des Sudermann-Schaupiels „Das Glück im Winkel“ schrieb der Kritiker: „Eine nicht zu unterschätzende Leistung bot Frl. Emmy Hennings als die blinde Tochter Helene. Sie hatte ihre Augen derartig in der Gewalt, daß die Blindheit fast natürlich aussah.“¹⁵

Und über die Lustspieldarbietungen hieß es durchweg positiv: Emmy hatte Gelegenheit, „sich zu zeigen ...“, sie spielte die Rolle allerliebste ...¹⁶ Sie gefiel wieder durch die Natürlichkeit, sie traf den schlicht-innigen Gefühlston.¹⁷ Recht fidel und natürlich spielte Frl. Hennings.¹⁸ Es handelte sich um Lustspiele wie: „Die Kinder der Exzellenz“ (Wolzogen), „Der Verschwender“ (Raimund), „Die Hoffnung auf Segen, eine Fischer-Komödie“ (Hejermanns), „Charlys Tante“ (Thomas) usw.

Am 3. Oktober 1906 wurde die Operettenposse „Der Walzerkönig“ mit Emmy Hennings und Wilhelm Vio in den Hauptrollen aufgeführt. In der Kritik hieß es unter anderem: „Es war überhaupt jeder Darsteller auf dem Platze ... Kurzum, an der Aufführung ließ sich nichts mäkeln und das Brønnersche Ensemble hat bewiesen, daß es seinen guten Ruf behaupten kann, denn es verfügt über wirklich gute Kräfte.“

Am 14. Oktober wurde nachmittags für die Kinder das Schauspiel „Aschenbrödel - Peterbrei mit der langen Nase“ gegeben; abends folgte das Zaubermärchen „Der Verschwender“ von Raimund. Dieses kommentierte die Tondernsche Zeitung: „Auch Hr. Wilh. Vio als Kammer- u. Jammerdiener war auf seinem Platze, Frl. Emmy Hennings weiß sich mit Geschick den verschiedensten Rollen, so als die Tochter des Präsidenten u. später als die Tischlermeisters Valentin Holz-wurm, anzupassen. Ihr Spiel ist stets ungezwungen und frei und das gefällt.“

Mit dem „Seestück“ „Die Hoffnung auf Segen - eine Fischer-Komödie“ von Hejermanns wurde am 16. Oktober ein modernes Theaterstück auf die Bühne gebracht, das als kongeniale Transponierung von Gerhard Hauptmanns Drama „Die Weber“ in das holländische Fischermilieu der Jahrhundertwende gilt. „Frl. Emmy Hennings als seine Tochter Clementine gefiel wieder durch die Natürlichkeit, sie traf den schlicht-innigen Gefühlston, der den Grundzug dieser rührenden Mädchengestalt bildet ... Namentlich gab Herr Vio den Cohus treffend wieder ...“ Der 18. Oktober brachte eine der wenigen Klassikeraufführungen, nämlich Schillers „Don Carlos“. „Lobend sind noch zu erwähnen Frl. Hennings als

Marquise von Mondekar“, heißt es in der Kritik.

Als einer der damaligen „Renner“ wurde das Lustspiel „Die Kinder der Exzellenz“ (von Wolzogen und Schumann) am 26. Oktober gegeben. „In den Hauptrollen in erster Linie: ... Emmy Hennings; namentlich hatte Fr. Hennings Gelegenheit, sich zu zeigen, sie spielte die Rolle der Trudie allerliebste.“

„Mit großer Natürlichkeit spielte Fr. Hennings die Susanne ... Mit geistiger Routine gab Hr. Wilh. Vio den Herzog von Bligny wieder“, hieß es nach der am 30. Oktober erfolgten Aufführung des von George Ohnet verfaßten Stückes „Der Hüttenbesitzer“.

Von Heinrich Sudermann stammte das Schauspiel „Das Glück im Winkel“. Es wurde in Tondern am 16. November gezeigt. „Hr. Vio spielte den Rektor Wiedemann angemessen, nur hätten wir ihn gern in einigen Szenen etwas temperamentvoller gesehen ... Eine nicht zu unterschätzende Leistung bot Fr. Emmy Hennings als die blinde Tochter Helene. Sie hatte ihre Augen derartig in der Gewalt, daß die Blindheit fast natürlich aussah. Wir freuen uns, sie wieder hier zu sehen.“ Der dreiaktige Schwank „Charleys Tante“ von Brandon Thomas durfte damals auf keiner Bühne fehlen; in Berlin gab es über eintausend, in Hamburg über fünfhundert Aufführungen. Tondern hatte das Angebot am 20. November 1906. „Hr. Vio war diesmal für die Rolle des Mr. Styttigque sehr geeignet, trotzdem er sonst häufig die zweiten Silben der Wörter zu stark betont, aber wie gesagt, für die gestrige Rolle war er geeignet... Auch Fr. Anny Damson als Kitty und Fr. Emmy Hennings als Ella Dellahiy boten gute Leistungen.“

Über die Darbietung des Stückes „Alt-Heidelberg“ am 4. Dezember 1906 heißt es unter anderem: „Recht fidel und natürlich spielte Fr. Hennings die Käte. Hr. Vio als Kammerdiener machte seine Sache sehr gut, diese Rolle lag ihm günstig ... Im übrigen war jeder bemüht, sein bestes zu tun.“

Die letzte Theatervorstellung des Jahres 1906 in Tondern erhielten Emmy Hennings und Wilhelm Vio als Benefiz: Zu ihren Ehren und für ihre Unterstützung wurde am 15. Dezember 1906 das Lustspiel „Dr. Klaus“ gegeben.

Im April 1907 gastierte das Brönnersche Operetten-Ensemble in Sonderburg - vom 13. bis zum 24. des Monats wurden 9 Vorstellungen gegeben. Zwei Gastspiele fanden in Apenrade statt - Broacker erhielt ein einmaliges Gastspiel. Es fanden Aufführungen folgender Stücke statt: „Frühlingsluft“, von C. Lindau und J. Wilhelm; „Preciosa“, Musik von Carl Maria von Weber; „Die Fledermaus“, von Johann Strauß; „Medea“, Schauspiel von Franz Grillparzer; „Der Walzerkönig“ von Mannstädt; Musik von Steffens.

Unsere Schauspieler werden in zwei Kritiken über Sonderburger Aufführungen erwähnt. Über „Die Fledermaus“ heißt es u. a.: „Ebenso hatte Herr Vio als, Frosch ‘ die Lacher auf seiner Seite. Die übrigen Mitwirkenden schlossen sich

diesem im ganzen angemessen an.“¹⁹ Und „Frühlingsluft“ erhielt folgende Würdigung: „Die Hauptpartien lagen in guten Händen. Fräulein Paul als Hanni ... Neben ihr machten sich um die Aufführung das temperamentvolle Fräulein Hennings sowie die Damen Sünram und Calani besonders verdient.“²⁰ Das einmalige Gastspiel des Bremer Metropoltheaters, Leitung Direktor Oskar Brønner, in Apenrade veranlaßte den Kritiker zu insgesamt ausführlichem Lob - „das Zusammenspiel war tadellos ... Herr Vio war als ewig betrunkenener ‚Gefangenen Wärter Frosch‘ recht komisch und hatte die Lacher auf seiner Seite: weshalb der Darsteller aber fortwährend im höchsten Falsett sprach, ist unbegreiflich, die Wirkung wurde deshalb bedeutend abgeschwächt... Fräulein Hennings machte aus der kleinen Rolle der „Ida“, was zu machen war ...“²¹

Im Sommer 1907 gastierte das Brønnersehe Ensemble in Bremen, Duisburg, Essen und Köln. Wahrscheinlich nahm Emmy Hennings aber wegen ihrer Scheidung (13. Juni 1907) nicht an dieser Tournee teil. Im Herbst kehrte die Truppe nach Tondern zurück. Die Aufführungen der Brønnerschen Theatergesellschaft, an denen Emmy Hennings nun wieder beteiligt war, wurden in der „Tonderschen Zeitung“ lediglich angekündigt, mit Hinweisen im redaktionellen Teil und mit Anzeigen. Es gab keine Rezensionen mehr, wie noch im Vorjahr nach jeder Aufführung. Nach Angaben in der Zeitung läßt sich aber der Spielplan rekonstruieren.²²

Vom 15. September bis zum 15. Dezember 1907 wurden insgesamt 52 Aufführungen geboten. In der überwiegenden Mehrheit handelte es sich um die damals gängigen Lustspiele und Schwänke. Es kamen aber auch einige Klassiker vor, auf die hier hingewiesen werden soll. Von Hebbel wurden zwei Stücke dargeboten, nämlich die Trauerspiele „Maria Magdalena“ und „Gyges und sein Ring“. Einmal vertreten waren Shakespeare mit „Romeo und Julia“, Lessing mit „Minna von Barnhelm“ und als moderner Klassiker Laube mit „Graf Essex“.

Besonders ist in diesem Zusammenhang die Benefiz-Vorstellung vom 10. Dezember 1907 für „Frl. Emmy Hennings: Als ich wiederkam, Forts, v. Im weißen Rößl“ zu erwähnen - deutet die Vorstellung doch auf die Bedeutung hin, die Emmy Hennings im Brønnerschen Ensemble erlangt hatte.

Auch 1908 hat Emmy Hennings offenbar noch in Tondern gespielt. Im Nachtrag des „Neuen Theater-Almanachs“ für 1908 taucht ihr Name nochmals unter Tondern auf. Da aber die Tondersche Zeitung²³ für dieses Jahr fehlt, sind bisher keine Angaben über die aufgeführten Stücke zu geben.

Ausblick

Nach 1908 hat Emmy Hennings ihre Schauspiel-Aktivitäten offenbar außerhalb

Schleswig-Holsteins ausgeübt. Denn 1909 erscheint sie als „Naive“ im Schmitz-Prechtel-Ensemble (Cöliner Burlesken) beim Metropol-Theater in Crefeld. Diese Gesellschaft spielte ganzjährig, sie gastierte in „allen ersten“ Varietee-Theatern Deutschlands. An Neuheiten wurden folgende Stücke angegeben: „Einbrecher“; „Sein dunkler Punkt“, „Papa Schwiegersohn“. Das Ensemble engagierte zu seinen Gastspielen namhafte artistische Nummern.²⁴ Einzelheiten über die Aufführungen sind bisher unbekannt. Ebenso unbekannt ist, wo Emmy in den folgenden Jahren aufgetreten ist, bis zur Berliner Zeit.

Anmerkungen

- 1 Briefe an Hermann Hesse, S. 326.
- 2 Vorwort in: Emmy Ball-Hennings, Blume und Flamme - Geschichte einer Jugend, Frankfurt/M. 1987.
- 3 Rene Gass, Emmy Ball-Hennings, Biographie, Wege und Umwege zum Paradies, Zürich 1998 sowie Kirsten Kolb-Wiegand, Grenzüberschreitungen. Das unruhige Leben der Emmy-Ball-Hennings (1885-1948) in: Grenzfriedenshefte 1998, S. 231-256.
- 4 Emmy Ball-Hennings: 1885-1948. „Ich bin so vielfach ...“Texte, Bilder, Dokumente, zusammengestellt v. Bernhard Echte, Frankfurt/M. u. Basel 1998; dort besonders der Beitrag: Kindheit und Jugend in Flensburg (S. 242 ff.). - Meine Monographie über „Emmy Hennings in Flensburg, 1885-1905“ soll ab 2000 im Hugo-Ball-Almanach, Primasens veröffentlicht werden.
- 5 Nach: Prinz, Hans-Jürgen, Emmy-Ball-Hennings - Eine Tochter der Stadt, in: tag & nacht, 3/99, S. 1 ff.
- 6 Tondernsche Zeitung, Jygge 1905-1907. Neuer Theater-Almanach. Theatergeschichtliche Jahre und Odense-Buch, Berlin, Igge 1907-1909.
- 7 Vgl. meinen Artikelim „Flensburger Tageblatt“, 12.12.1998, S. 18 und meinen Beitrag im Jahrbuch Angeln, 1999.
- 8 Neuer Theater-Almanach 1906, S. 559.
- 9 Siehe dazu meine in Anm. 7 genannten Arbeiten.
- 10 Neuer-Theater-Almanach 1907, S. 593.
- 11 Bachmann, Hans, Tønders gamle kroer og gastgiverier, Tonder 1988.
- 12 Tondernsche Zeitung, 5.10.1905.
- 13 Tondernsche Zeitung, 3.5.1905.
- 14 Tondernsche Zeitung, 28.4.1907.
- 15 Tondernsche Zeitung, 18.11.1906.
- 16 Tondernsche Zeitung, 28.10.1906.
- 17 Tondernsche Zeitung, 18.10.1906.
- 18 Tondernsche Zeitung, 6.12.1906.
- 19 Sonderburger Zeitung, 17.4.1907.
- 20 Sonderburger Zeitung, 15.4.1907.

- 21 Apenrader Tage-Blatt, 27.4.1907.
- 22 Aufstellung in meiner Monographie „Emmy Hennings in Flensburg, 1885-1905“ (s. o. Anm. 4)
- 23 Die Tondersche Zeitung existiert nur in der Bibliothek in Tondern und kann nur dort benutzt werden-es gibt keine Verfilmungen. Die Ausgabe 1908 ist z. Z. nicht auffindbar.
- 24 Neuer Theater-Almanach 1909, S. 359 f.

„Reimer Witt verwandelte das Archiv in ein Gedächtnis des Landes“
Landesarchivdirektor erhielt Professorentitel für außergewöhnliche Leistungen

SCHLESWIG (gku) Nur ein bis zwei Professorentitel für außergewöhnliche Leistungen verleiht das Land Schleswig-Holstein pro Jahr.

In diesem Jahr hat die Ministerpräsidentin Heide Simonis den leitenden Direktor des Landesarchivs in Anerkennung seiner Arbeit für diesen Titel auserkoren. Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave würdigte aus diesem Anlaß am Sonnabend Professor Reimer Witt auf einem Empfang im Lesesaal des Landesarchivs.

Seit 1984 leitet Witt bereits das Landesarchiv Schleswig-Holstein. Diese Bildungs- und Kultureinrichtung habe er durch zahlreiche Tagungen, Vorträge und Seminare in mehr als nur „ein in Akten greifbares Gedächtnis des Landes verwandelt“, sagte Erdsiek-Rave in ihrer Festrede. Besonders die Besucherzahlen und die positive öffentliche Resonanz bestätigten diesen Erfolg. „In 16 Jahren entstanden unter der Leitung von Professor Reimer Witt mehr als 30 Ausstellungen und 100 Vorträge auf dem Programm des Landesarchivs“, sagte Erdsiek-Rave.

Der Archivdirektor habe sich zudem als Leiter der „Arbeitsgemeinschaft für Landesforschung in Schleswig“ nicht nur um Fachhistoriker, sondern genauso um Laienforscher bemüht.

Weit über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus habe sich Witt einen Namen gemacht und damit die Aufmerksamkeit auf das Landesarchiv gerichtet.

Er beteiligte sich an der Beratung für das Archivwesen in Osteuropa, entwickelte Hilfsprogramme, beschaffte Finanzmittel und richtete Fortbildungsveranstaltungen für 250 russische Archivare aus. Seit 1992 ist Witt zudem Mitglied im Vorstand des Internationalen Archivkongresses. Dieser wird von dem Internationalen Archivrat ausgerichtet, einer Organisation der UNESCO.

Schleswiger Nachrichten, 5.7.1999

„Flensburger beweisen gute Nachbarschaft“

Mit Ministerpräsidentin Heide Simonis und Dänemarks Premierminister Poul Nyrup Rasmussen an der Spitze hat die dänische Minderheit gestern ihr 75. Jahrestreffen gefeiert. Die Zentralveranstaltung für den ganzen Landesteil hatte 7500 Besucher auf den Sportplatz am Marienhölungsweg gelockt.

FLENSBURG (fju). Die Regierungschefs aus Kiel und Kopenhagen waren sich bereits vor Beginn des Freilufttreffens beim Spargeessen im Dänischen

Generalkonsulat begegnet. Dort war es Ministerpräsidentin Heide Simonis nicht gelungen, ihrem dänischen Parteifreund ein Ja zur Fortsetzung des Duty-Free-Handels und damit zum Erhalt mehrerer 100 Arbeitsplätze im Grenzland zu entlocken. Die Atmosphäre des Zusammentreffens beschrieben beide Politiker im Anschluß zwar als „freundlich“. Doch als sich die zwei am Burgplatz in den Umzug der Minderheit vom Nordermarkt zum Marienhölungsweg einreichten, hatten sie sich nicht mehr viel zu sagen.

Größtenteils schweigend spazierten die beiden Sozialdemokraten nebeneinander her.

In der Sommerfest-Atmosphäre auf dem Sportplatz am Marienhölungsweg stellte Heide Simonis demgegenüber fest: „Man merkt, daß jeder hier mit guter Laune hergekommen ist.“

Aus Anlaß des 75jährigen Jubiläums des Jahrestreffens zeichnete die Ministerpräsidentin den „langen Weg zur guten Nachbarschaft“ von Deutschen und Dänen im Grenzland nach. „Die Flensburger beweisen jeden Tag, daß Freundschaft mit unterschiedlichem nationalen Hintergrund möglich ist“, lobte Simonis. Als Reaktion auf die Ankündigung ihres Wahl-Herausforderers Volker Rühle (CDU), den Minderheitenbeauftragten der Landesregierung abzuschaffen, sagte Simonis: „Ein gutes Miteinander von Minderheit und Mehrheit erreicht man nicht durch markige Sprüche, die Minderheitenpolitik zur Chefsache zu machen. Der Minderheitenbeauftragte Kurt Schulz sei „ein wichtiger Seismograph“ für die Bedürfnisse im Grenzland, der „es mir im übrigen nicht immer einfach macht“.

Wie Simonis stellte auch ihr Kopenhagener Amtskollege mit Blick auf den Balkan fest: „Ein Zusammenleben von Minder- und Mehrheiten, wie wir es hier haben, ist nicht selbstverständlich.“ Nyrup Rasmussen betonte, das gute Klima sei nicht von selbst gekommen, „sondern, weil die Beteiligten es wollten.“ Aber: „Wir müssen jeden Tag neu für ein gutes Verhältnis arbeiten.“

Der scheidende Oberbürgermeister Olaf Cord Dielewicz nutze seine Rede auf seinem letzten dänischen Jahrestreffen zur Erinnerung daran, daß er 1987 als erster der Flensburger Oberbürgermeister zum Jahrestreffen der Minderheit eingeladen worden sei. Die seinerzeitige Furcht, die Teilnahme deutscher Repräsentanten könnte dem dänischen Fest dessen Gepräge rauben, habe sich nicht bewahrheitet. „Das Zusammenleben Deutscher- und Dänen wird immer zu Flensburgs wichtigsten Besonderheiten gehören“, unterstrich der OB in seiner auf dänisch gehaltenen Ansprache. Stadtpräsident Peter Rautenberg stellte Flensburgs 400jährige Zugehörigkeit zum dänischen Staat heraus und schlug vor, Mehrheit und Minderheit sollten ihre gemeinsame Geschichte in einem Museum erlebbar machen. Wie das gehen soll, wurde in dem anschließenden Sechs-Augen-Gespräch zwischen Rautenberg, Dielewicz und Nyrup Rasmussen noch nicht besprochen. Aber: Nyrup Rasmussen und Rautenberg machten ab, daß der

Ministerpräsident beim nächsten Besuch der Minderheit eine Stunde Zeit für eine Stadtführung nimmt – unter Leitung Rautenbergs auf deutsch-dänischen Spuren.

Flensburger Tageblatt, 31.5.1999

Treffen der Kulturen im Dauerregen

Für Besucher und Veranstalter geriet das Solitüdefest zu einer feuchten Angelegenheit. Trotz des permanenten Regens stapften jedoch etwa 6000 bis 8000 Hartgesottene durch den nassen Sand. Erstmals beteiligten sich auch dänische Institutionen an dem Traditionsfest

FLENSBURG (car) Die dänische Staatsflagge, der Danebrog, flattert seit sechs Jahren als Zeichen der Einladung über dem Solitüdefest. Doch erst am Sonnabend kam es zum Treffen der Kulturen: „Endlich sind Institutionen der Mehrheit und der Minderheit zusammen vertreten“, erklärte Stadtpräsident Peter Rautenberg zur Eröffnung des 20. Sommerfestes in Solitüde. Schon vor Jahren habe er die dänischen Einrichtungen aufgerufen, sich zu beteiligen, „denn Solitüde ist für alle da.“

Rautenberg freute sich darüber, daß unter dem Motto „Miteinander für alle Menschen in unserer Stadt“ Vereinigungen anderer Volksgruppen beim Solitüdefest mitwirkten. „Das Motto ist eine Demonstration für ein gewaltfreies Zusammenleben.“ Als Schirmherr der Veranstaltung stand Rautenberg erstmals nicht allein auf weiter Flur: An seiner Seite begrüßte der dänische Generalkonsul Dr. Henrick Becker-Christensen die Besucher. Auch er lobte das Mitwirken der dänischen Minderheit, die mit zahlreichen Ständen vertreten war.

Das ehrenamtliche Engagement der insgesamt 600 Helfer wurde nur mäßig belohnt: Bei anhaltendem Nieselregen, der hin und wieder von kräftigen Schauern unterbrochen wurde, suchten die etw 6000 bis 8000 Besucher unter ihren Regenschirmen Schutz. Moderator Hans Clausen war überzeugt, daß sich bei Sonnenschein über 12 000 Menschen auf den Weg an den Fördestrand gemacht hätten.

„Daß dennoch so viele Leute kamen, spricht für die attraktiven Angebote“, so Clausen. Im Vordergrund des Festes, bei dem keine alkoholischen Getränke ausgeschenkt wurden, stand der Spielspaß für Kinder und Jugendliche. Mitglieder der Flensburger DLRG zeigten, wie sie einen Menschen wiederbeleben. Mit einem Rettungsboot boten sie auch Fahrten über die Förde an. Viele Spielmöglichkeiten hatten die ADS-Kindergärten vorbereitet, und die Jugendfeuerwehr lockte Gleichaltrige zum Stapeln von Getränkeketten.

Obwohl das musikalische Kontrastprogramm sowohl hörens- als auch sehenswert war, fanden sich vor den zwei Bühnen selten mehr als eine Handvoll durchnässter

Zuhörer ein. Zu den Höhepunkten zählten die Auftritte des „Hejmdal Bläseorkesters“ und des „Westernhagen-Projektes“ der Flensburger Musikschule. Die Angeliter Trachtengruppe hingegen sagte ihre Vorführung aufgrund des Dauerregens ab. Bereits im Vorfeld hatten die verschärften Hygienevorschriften und der Zustand des Platzes nach dem Bau des Pavillons für reichlich Wirbel gesorgt – lange Zeit war das Zustandekommen des Festes nicht gesichert. Den Pfadfindern, die in Solitüde übernachteten, stießen die Hygieneregeln bitter auf: „Wir backen hier seit neun Jahren Pfannkuchen, und es hat noch nie jemand über gesundheitliche Probleme geklagt“, meinte Betreuer Jan Scheder.

Flensburger Tageblatt, 28. 6. 1999

Vernichtende Studie: Keine Jobs mit Eures

Die Bilanz ist schlecht: Trotz subventionierter Eures-Kooperation zur Förderung des grenzüberschreitenden Arbeitnehmerservices haben die Gewerkschaften und ihre Arbeitslosenkassen in Nordschleswig 1998 keine Jobs über die Grenze hinweg in den Landesteil Schleswig vermittelt. Dabei bieten sie zusammen 1400 Stellen an

APENRADE Eine nach Gewerkschaftsmeinung „normale Situation“, heißt es in der Untersuchung „Gewerkschaften in Sønderjylland und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ von Susanne Bygvrå und Susanne Jensen vom Institut für Grenzregionsforschung in Apenrade. Ihre Untersuchung basiert auf 55 beantworteten Fragebögen von Gewerkschaftsabteilungen in Nordschleswig mit insgesamt 80 000 Mitgliedern; von ihnen wohnen knapp 600 im Landesteil Schleswig

Nur sieben der 55 Abteilungen haben Kontakte nach Deutschland, stellten Bygvrå und Jensen fest. Die Untersuchungsergebnisse liefern keinen eindeutigen Aufschluß über die Ursachen der mangelnden bzw. eingeschlafenen Kontakte zwischen den Gliederungen des nordschleswigschen Gewerkschaftsbundes LO Sønderjylland, dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und anderen Stellen in Schleswig-Holstein. Die nordschleswigschen Gewerkschaftsstellen sehen in erster Linie die aktuelle Arbeitslosigkeit in vielen Branchen, unterschiedliche Regeln im Steuerrecht, Informationsdefizite und fehlende Kenntnisse der deutschen Verhältnisse als Ursache für die schlechte Vermittlungsquote. Letzteres wird, so Bygvrå und Jensen, dadurch untermauert, daß die Abteilungen nur selten und unregelmäßig Informationen über freie Stellen südlich der Grenze erhalten, wo hauptsächlich die Arbeitsämter für die Vermittlung zuständig sind. Umgekehrt sind trotz des hohen Arbeitslosenniveaus im Landesteil Schleswig

keine wesentlichen Bemühungen zur Vermittlung von Jobs erkennbar, weil die Gewerkschaftsabteilungen nur in wenigen Fällen Informationen über freie Stellen an ihre Kollegen südlich der Grenze senden. Einige Abteilungen, stellten Jensen und Bygvrå fest, sind sogar der Auffassung, daß den deutschen Arbeitslosen die Qualifikation fehlt, um in Dänemark einen Job bestreiten zu können. Dabei werden insbesondere Sprachen und Ausbildung als Probleme hervorgehoben.

„Insgesamt läßt sich sagen, daß die Abteilungen nur wenig Kontakte zu Organisationen und Personen südlich der Grenze haben. Es besteht kaum Grund zur Annahme, daß dies für die nicht erfaßten Abteilungen anders aussieht“, so Bygvrå und Jensen.

Dabei spiele vor allem die fehlende Kenntnis der deutschen Sprache eine Rolle.

„Auch das Interesse an einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit scheint begrenzt zu sein. Man kooperiert innerhalb der einzelnen Gewerkschaften und tut sich schwer, die Wichtigkeit einer zusätzlichen Kooperation mit Organisationen südlich der Grenze einzusehen.“

*Ulrich Küsel in:
Flensburger Tageblatt, 9.6.1999*

„EU-Millionen für intelligente Projekte“

FLENSBURG (sh:z) Der nördliche Landesteil kann in den kommenden Jahren eine dreimal so hohe EU-Förderung erwarten wie zwischen 1994 und 1999. Aufgabe der Kreise und Kommunen sei es jetzt, möglichst schnell „intelligente, förderfähige Projekte“ auszuarbeiten, die im Wettbewerb mit anderen Regionen bestehen könnten und diese Ziele verfolgten: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Sicherung der bäuerlichen Landwirtschaft, Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Darauf weist die SPD-Landtagsabgeordnete Gabi Kötschau hin. Schleswig-Holstein habe bereits in der Vergangenheit zu den am stärksten geförderten alten Bundesländern gehört. Der Erweiterung der Fördergebiete um 180 000 auf insgesamt 860 000 Einwohner stehe eine Verdreifachung der Fördersumme gegenüber: von 230 Millionen auf fast 700 Millionen Mark. Ihre Verwendung sei vorgesehen für Gebiete mit Strukturproblemen („Ziel 5b“). Die Landesregierung habe unter anderem die gesamte Westküste und den Kreis Schleswig-Flensburg zur Förderung angemeldet.

Für die Agrarstrukturpolitik habe die Bundesregierung gegen den massiven Widerstand vor allem Frankreichs eine Finanzierung mit zwei Milliarden Euro durchsetzen können, nicht jedoch die nationale Kofinanzierung im Agrarbereich. Die Reform des Milchmarktes sei auf das Jahr 2005 verschoben worden. Die Landtagsabgeordnete ist sich sicher: Trotz erheblicher Einnahmeeinbußen

komme es nicht zu den drastischen Verlusten für Landwirte, die die ursprünglichen EU-Vorschläge mit sich gebracht hätten. Kötschau verspricht: „Wir werden unsere Landwirte hierbei nicht im Stich lassen, sondern sie bei notwendigen Reformen unterstützen, zum Beispiel im Hinblick auf eine bessere regionale Vermarktung und eine engere Zusammenarbeit mit der Veredlungswirtschaft.“

Mit der vereinbarten Reform der Agrar- und Strukturfonds sei eine wichtige Hürde auf dem Weg zur EU-Erweiterung genommen. Bis zum Jahr 2006 könnten 80 Millionen Euro für die neuen Mitgliedstaaten Polens, Estlands, Lettlands und Litauens eingesetzt werden. Dies sei auch eine Chance für Schleswig-Holstein.

Flensburger Tageblatt, 21.7.1999

Rettungsversuche für die Balance im Grenzland

Das zum Jahresende geplante Aus für das deutsche Generalkonsulat in Apenrade hat beiderseits der Grenze einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Prominente Verfechter der Auslandsvertretung sind Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) und ihr CDU-Herausforderer bei der Landtagswahl, Volker Rühle. Beide fordern das Außenministerium auf, den Abschied von Apenrade nicht zu vollziehen. Auch dänische Politiker haben Rettungsversuche für die deutsche Repräsentanz gestartet.

APENRADE Schleswig-Holsteiner wie Dänen mobilisieren über alle Parteigrenzen hinweg die Kräfte für den Erhalt des deutschen Generalkonsulats in Apenrade. Sie wollen verhindern, daß die Repräsentanz der Bundesregierung, wie vom Kabinett beschlossen, zum Jahresende zumacht. Der Standort Apenrade soll wie 19 weitere Auslandsvertretungen zwischen Papua-Neuguinea und Detroit die Flagge einholen. Anlaß: das 30-Milliarden-Sparpaket von Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD), wonach das Außenministerium im Haushalt 2000 270 Millionen Mark streichen muß.

Der CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2000, Volker Rühle, hat die Bundesregierung aufgefordert, „die Pläne für die Schließung sofort fallenzulassen. Das wäre nicht nur unsinnig, sondern auch unhistorisch“, betonte Rühle. „Dies gilt umso mehr, als auch Dänemark südlich der Grenze in Flensburg ein Generalkonsulat unterhält.“ Die diplomatischen Vertretungen in Flensburg und Apenrade waren 1920 eingerichtet worden, nachdem eine Volksabstimmung die deutsch-dänische Grenze von der Königsau vor den Toren Koldings an die Flensburger Förde verschoben hatte. Beide Konsulate sollten nicht nur die gewöhnlichen Paß- und Visa-Angelegenheiten wahrnehmen, sondern zudem die jeweilige nationale Minderheit in Nord- und Südschleswig betreuen. Die Häuser sind seitdem Teil der nationalen Balance im Grenzland, die der deutschen

Volksgruppe in Südjütland und der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein einen gleichen Status gewährt.

Auch „in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit leistet das deutsche Generalkonsulat sehr gute und für Schleswig-Holstein und Sønderjylland unverzichtbare Arbeit“, bescheinigte Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) der diplomatischen Vertretung in einem Schreiben an Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne). Darin ruft sie den Vize-Kanzler auf, die angekündigte Schließung zu überdenken. Simonis verweist darauf, daß die deutsch-dänischen Beziehungen im Grenzland „weiterhin sehr sensibel sind“ und hält es „für ein in die falsche Richtung gehendes Signal, die deutsche Vertretung gerade hier zu schließen“.

Protestpost erhielt Fischer auch vom Präsidenten der Flensburger Industrie- und Handelskammer, Hans-Georg Carstens. Er befürchtet „beträchtlichen Schaden für unsere Region“. Ein Rückzug aus Apenrade könne auch für wirtschaftliche Aktivitäten über die Grenze hinweg als falsches Signal verstanden werden.

Der Flensburger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg und die außenpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Angelika Beer aus Neumünster, gehen auf Konfrontationskurs zu der von ihren Parteien gestellten Bundesregierung. Beide Parlamentarier haben angekündigt, ihre Fraktionen in Berlin von der Bedeutung des Generalkonsulats Apenrade überzeugen zu wollen, um in letzter Minute doch noch das Aus zu verhindern. Denn beschlossene Sache würde das Ende erst, wenn der Bundestag es mit dem Haushalt 2000 absegnete. Damit dies nicht passiert, hat auch der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Holger Astrup, den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, auf die Konsequenzen aufmerksam gemacht. Astrup befürchtet, „die Grenzfrage könnte sehr schnell wieder eine Rolle spielen, wenn einseitige Beschlüsse zur Schwächung der einen wie der anderen Seite beitragen.“ Astrups CDU-Kollege Meinhard Füllner forderte Heide Simonis auf, beim Kanzler zu intervenieren.

Nordschleswigs Amtsbürgermeister Kresten Philipsen hat dem deutschen Generalkonsulat „eine positive Wirkung für das Zusammenleben von Deutschen und Dänen „attestiert. „Es wäre nicht gut, wenn Deutschland im Grenzland nicht mehr Flagge zeigt“, sagte Philipsen und kündigte an, daß der Vorstand der Region Sønderjylland/Schleswig gemeinsam schriftlichen Protest bei der Bundesregierung einlegen werde. Der liberale dänische Parlamentsabgeordnete Erik Jacobsen aus dem Grenzort Krusau hat Dänemarks Außenminister Niels Helver Petersen in einer offiziellen Anfrage gebeten, die Schließungspläne bei nächster Gelegenheit mit seinem deutschen Amtskollegen zu erörtern.

Der Generalsekretär des Bundes deutscher Nordschleswiger, Peter Iver Johannsen, beklagte: „Ohne Generalkonsulat fehlt das Mutterland vor Ort. Wir leben auch ein bißchen von der Symbolik.“ Die Spar-Diskussion treffe die

Auslandsvertretung „auf dem Höhepunkt ihrer Strahlkraft“.

Generalkonsul Ingo-Heinrich Radcke zeigte sich „überrascht, auf welches Interesse die Frage unserer Existenz stößt“. Das dänische Echo beweise, „daß man sich über das subtile Gleichgewicht im Grenzland im klaren ist. Das Generalkonsulat ist ein Teil davon.“ Radcke äußerte Zweifel, ob die Botschaft in Kopenhagen im Gegensatz zum Generalkonsulat Apenrade „das Gras im Grenzland wachsen hören könnte“. Aus dem dänischen Außenministerium hieß es, Kopenhagen sehe nach einem deutschen Rückzug aus Apenrade „keinen Anlaß, das dänische Generalkonsulat in Flensburg in Frage zu stellen“.

*Frank Jung in:
Flensburger Tageblatt, 28.7.1999*

Handwerker auf Testfahrt: „Genze offen“

„Die Grenze ist für das Handwerk offen.“ Dieses positive Fazit zog Kreishandwerksmeister Hans Christian Langer von der Kreishandwerkerschaft Schleswig nach einer „Testfahrt“ mit mehreren Firmenfahrzeugen verschiedener Handwerksbetriebe der Region über die Grenze ins benachbarte Dänemark.

SCHLESWIG (sh:z) In den vergangenen Jahren wurden bei Geschäftsführer Uwe Grandt von der Kreishandwerkerschaft Schleswig immer wieder Beschwerden über eine Ungleichbehandlung an der Grenze vorgebracht: Während es für dänische Handwerksbetriebe in Richtung Deutschland kaum Behinderungen an der Grenze gab, sollten deutsche Handwerksbetriebe, wenn sie mit Firmenfahrzeugen nach Dänemark fahren wollten, beim Grenzübertritt behindert worden sein. Sie mußten eine detaillierte Aufstellung sämtlicher mitgeführter Werkzeuge und Maschinen vorlegen, heißt es in einer Mitteilung der Kreishandwerkerschaft.

Für deutsche Handwerksbetriebe werde jedoch diese Aufstellung nicht mehr an der Grenze verlangt. Das hatten die zuständigen dänischen Behörden mehrfach geäußert, nachdem die Kreishandwerkerschaft Schleswig immer wieder auf dieses Problem hingewiesen hatte.

„Wir wollten diese Zusage des dänischen Zolls nunmehr testen“, so Langner, „und haben anhand von Testfahrten an mehreren Grenzübergängen mit mehreren Firmenfahrzeugen aus dem Bau- und Ausbauhandwerk erfreut feststellen können, daß kein Fahrzeug an der Grenze abgewiesen wurde.“ Kreishandwerksmeister Langner und Geschäftsführer Uwe Grandt, die mit einem zusätzlichen Wagen die Firmenfahrzeuge begleitet hatten, zeigten sich hoch erfreut, daß die „Vorurteilschette“ mit dieser Aktion endlich unterbrochen werden konnte. In diesem

Zusammenhang sprach die Kreishandwerkerschaft Schleswig den Dank an die Mitglieder des grenzüberschreitenden Arbeitskreises aus, in dem dänische und deutsche Fachvertreter aus verschiedenen Organisationen vor Monaten damit begonnen haben, gegenseitige Hemmnisse zu beraten und zu bereinigen. Durch diese grenzüberschreitende Kooperation sei es bereits gelungen, Probleme einzudämmen und Vorurteile abzubauen.

„Wir dürfen die Grenze nicht mehr als Bollwerk sehen“, fordert Geschäftsführer Uwe Grandt, „sondern wir sollten in dieser deutsch-dänischen Grenzregion Kooperationen zwischen den Betrieben beiderseits der Grenze anstreben, damit neben dänischen Betrieben in Deutschland ebenfalls deutsche Betriebe in Dänemark arbeiten können.“

Flensburger Tageblatt, 6.8.1999

Brückenschlag zwischen dem Kontinent und Skandinavien

Seit dem Wochenende ist sie komplett: die 7,8 Kilometer lange Öresund-Brücke, die Skandinavien an den Kontinent anbindet. Schwedens Kronprinzessin Viktoria und der dänische Thronfolger Frederik beschritten als erste die neue Querung zwischen Kopenhagen und Malmö. Am 1. Juli 2000 wird das 3,8 Milliarden teure Projekt für den öffentlichen Auto- und Bahnverkehr freigegeben.

KOPENHAGEN (dpa) Dänemark und Schweden sind erstmals durch eine Brücke verbunden: Schwedens Kronprinzessin Viktoria (22) und der dänische Thronfolger Frederik (31) weihten am Sonnabend die Landverbindung über der Ostsee-Meeresenge Öresund ein. Ausgerüstet mit Schutzhelmen trafen sich die Königskinder in der Mitte der 7,8 Kilometer langen Brücke und gaben sich in 65 Meter Höhe einen freundschaftlichen Kuß. Zwei Stunden zuvor hatte ein gigantischer Schwimmkran das letzte 140 Meter lange Verbindungsstück der 6000 Tonnen schweren Brückenkonstruktion an seinen Platz gehievt. Über tausend Boote, Helikopter, mehrere Fernsehsender aus Dänemark und Schweden und 700 Gäste begleiteten die königliche Begrüßung.

Die Öresund-Verbindung soll am 1. Juli 2000 für den öffentlichen Auto- und Bahnverkehr freigegeben werden. Zu ihr gehören neben der Brücke eine vier Kilometer lange künstliche Insel sowie ein ebenfalls vier Kilometer langer Tunnel. Das insgesamt 16 Kilometer lange Projekt hat umgerechnet 3,8 Milliarden Mark (rund 15 Milliarden dänische Kronen) gekostet. Pro Tag werden 10 000 Autos erwartet. Mit den Einnahmen aus den Mautgebühren von geplanten 230 Dänische Kronen (etwa 60 Mark) für eine einfache Fahrt sollen die Baukosten innerhalb von 50 Jahren abgezahlt sein. Die Einweihungsfeier endete nach einer Stunde mit

einem Feuerwerk. Vom 1. Juli 2000 an kann man ohne Umweg über Rußland und ohne Fähre 4000 Kilometer vom Bosphorus bis zum Nordkap fahren. Für deutsche Skandinavien-Besucher verkürzt sich der Weg nach Schweden mit der Öresund-Querung beträchtlich. Von Hamburg über die Fähre zwischen Puttgarden und Rödby nach Malmö dauert es künftig nur noch knapp über fünf statt bisher sechs Stunden. Von Rostock muß man einschließlich der Fähre nach Gedser nur noch vier statt fünf Stunden einrechnen.

Flensburger Tageblatt, 16.8.1999

IHK: „Verbesserungen im Fremdenverkehr sind erforderlich“

Eine stärkere Kooperation zwischen deutschen und dänischen Tourismusverbänden fordert Tourismus-Referent Dirk Nicolaisen von der Industrie und Handelskammer. Durch die Pflege des Tourismus soll die Region Sønderjylland/Schleswig konkurrenzfähig bleiben.

FLENSBURG (sh:z) „Es sind große Anstrengungen in der Verbesserung des Fremdenverkehrs geboten“, sagt Peter Michael Stein, Geschäftsführer der IHK Flensburg. „Nur dann können wir den Tourismus als wichtigstes Rückgrat der Wirtschaft im Landesteil Schleswig sichern.“

Trotz des häufig unfreundlichen Wetters sei der Landesteil Schleswig nach wie vor das Ziel vieler Touristen. „In einigen Gemeinden unserer Region liegt der Anteil des Fremdenverkehrs am Volkseinkommen bei 20 Prozent“, unterstreicht Stein die maßgebliche Rolle der Tourismusbranche. Die günstige Lage zwischen den Meeren in weitgehend intakter Natur erweise sich als einer der wichtigsten Standortfaktoren.

In den vergangenen drei Jahren seien die Übernachtungszahlen jedoch rückläufig. „Im Wettbewerb mit dem In- und Ausland können wir nur bestehen, wenn wir unser Produkt Fremdenverkehr besser pflegen“, erklärt Dirk Nicolaisen, Referent für Tourismus der IHK Flensburg. Es sei nötig, das Personal in den Hotels, Gaststätten und Pensionen zu schulen.

Er fordert auch eine stärkere Zusammenarbeit zwischen deutschen und dänischen Tourismusverbänden. „Wir sehen das Spannende an unserer Ferienregion nicht“, sieht Nicolaisen Mängel in der Vermarktung des Fremdenverkehrs. „Die Menschen haben schließlich die außergewöhnliche Möglichkeit, in zwei unterschiedlichen Kulturen Urlaub zu machen.“

„Die Grenzregion funktioniert als Brücke zwischen Skandinavien und Mitteleuropa“, charakterisiert Stein die geographische Lage der Grenzregion. „Durch die Entstehung zahlreicher Expeditionen und die Anbindung an existierende Autobahnnetze ist die Region zu einem ‚Transitland‘ geworden“, so Stein weiter.

Vor allem der Elbtunnel sowie die Querungen des Kleinen und des Großen Belts hätten „die Position der deutsch-dänischen Grenzregion ein gutes Stück verbessert“.

Enttäuschend sei dagegen die Entwicklung des Flensburger Hafens. Stein: „Während dieser in früheren Jahrhunderten das Fundament für den Wohlstand der Stadt bildete, ist er heute nur noch ein schwaches Abbild vergangener Zeiten.“

Auch in der Arbeitswelt besteht akuter Handlungsbedarf. „Um die zukünftige Entwicklung der Grenzregion zu sichern, müssen in der Industrie vermehrt neue Technologien zum Einsatz kommen“, so Stein.

Flensburger Tageblatt, 26.8.1999

Grenzlandpreis an Cimber Air

Würdigung durch Folketingspräsident Ivar Flansen und Landtagspräsident Heinz-Werner Arens

APENRADE (hg) Die Sonderburger Cimber Air ist auf der dänisch-deutschen Grenzlandkonferenz gestern im Apenrader Folkehjem mit dem Grenzlandpreis 1999 ausgezeichnet worden. Eine Ehre, für die sich Jørgen Nielsen, der geschäftsführende Direktor der Fluggesellschaft, herzlich bedankte und daran erinnerte, daß „die Luft keine Grenzen“ kenne.

„Seine Gesellschaft praktiziere grenzüberschreitende Zusammenarbeit schon seit den fünfziger Jahren. Was als Geschäftsverbindung begann, sei vielfach in Freundschaft geendet“, sagte Nielsen. Mit Deutschland im allgemeinen und mit Schleswig-Holstein im besonderen bestünde eine enge Partnerschaft. Der Flughafen Kiel, von dem die Cimber Air im Auftrag der Lufthansa seit vielen Jahren deutsche Linien befliege, sei für seine Gesellschaft „wie Dänemark, nämlich Heimat“, sagte Jørgen Nielsen. Für die mit dem Grenzlandpreis verbundene Dotation von 20.000 Kronen werde er einen geeigneten Verwendungszweck finden. Überreicht wurde ihm der Preis vom dänischen Parlamentspräsidenten Ivar Hansen, der seine politische Karriere seinerzeit übrigens als Folketingskandidat im Kreis Sonderburg begonnen hatte.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bezeichnete er als Inspiration zum Nutzen aller Partner. Eingehend auf die Infrastruktur als wichtigen Baustein, verwies er auf die große Bedeutung der Verbindungen über den Großen Belt und Öresund und einer kommenden festen Querung über den Fehmarnbelt, an die er persönlich fest glaube. In der deutsch-dänischen Grenzregion habe die Cimber Air einen bedeutenden Beitrag zur allgemeinen Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung geleistet.

Die Gesellschaft habe sich durch kaufmännische Fähigkeiten, den Willen zur

Zusammenarbeit, durch strategische Allianzen und eine große Vertrauensbasis bei ihren Kunden in einem der schwierigsten Verkehrsbereiche behauptet und nicht nur eine Nische, sondern einen festen Platz gefunden, stellte Ivar Hansen fest.

Auf die für die deutsch-dänische Grenzregion so wichtige Rolle der Zusammenarbeit war zuvor auch Schleswig-Holsteins Landtagspräsident Heinz-Werner Arens eingegangen. Der Grenzlandpreis, gestiftet als Motivation, sei nicht nur Ausdruck der Würdigung, sondern auch des Anreizes. „Die Cimber Air“, hob Heinz-Werner Arens hervor, „hat ihn verdient. Sie wirkt in überzeugender Weise an der Zusammenarbeit mit.“ Das bestätigte auch Amtsbürgermeister Kresten Philipsen. Früher sei die Sonderburger Fluggesellschaft mitunter ein schwieriger Verhandlungspartner gewesen, doch heute laufe alles harmonisch und optimal.

Der Nordschleswiger, 28.8.1999

Grenzlandhürden niedriger setzen

Grenzlandkongreß zur Wirtschaftsentwicklung in der Region

APENRADE (clk) Die Wirtschaftsentwicklung im Grenzland war Thema beim dritten Grenzlandkongreß, zu dem der schleswig-holsteinische Landtagspräsident Heinz Werner Arens und Nordschleswigs Amtsbürgermeister Kresten Philipsen nach Apenrade eingeladen hatten.

Während der Transfer von Waren, Geld und Informationen über die Grenzen immer glatter verläuft, sind die Hürden für die Mobilität von Arbeitnehmern im deutsch-dänischen Grenzland immer noch hoch, stellte in der Diskussionsrunde Nis-Edwin List-Petersen von der Grenzpendlervereinigung fest. Der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Horst Günter Bülck betonte, es sei schwierig, Ausnahmen innerhalb von Gesamtsystemen zu machen. Dies werde aber zunehmend zum Thema, verwies er auf die Entwicklung in der Öresundregion, Kresten Philipsen erklärte, daß er die positiven Veränderungen, die die Öresundregion der Hauptstadtgegend brächten, gerne auch in Nordschleswig sähe. Er erinnerte auch daran, daß die sozialen Leistungen Dänemarks auch über die Abgaben z. B. bei Autos finanziert würden. Extrabestimmungen z. B. beim Vorruhestandsgeld (efterløn) und Pensionsregelungen seien eher denkbar als Gesamtänderungen. In einer möglichen festen Querung des Fehmarnbells sahen sowohl Bülck als auch Philipsen keine Gefahr für die Region Nordschleswigs. Die Verkehrsströme würden so zunehmen, daß alle Verbindungen ausgelastet seien. Die Beteiligung am String-Projekt in der südlichen Ostsee nannte Bülck für Schleswig-Holstein immens wichtig. Durch die Achse Hamburg-Kopenhagen

entstände ein überregionaler Raum. Nordschleswig ist in dieses Projekt nicht eingebunden. Bei entsprechender politischer Entwicklung werde man aber in der Politik die notwendigen Justierungen vornehmen, versprach Philippsen.

Der Nordschleswiger, 28.8.1999

Jüdisches Leben und Judenverfolgung in Friesland

4. Historikertreffen des Nordfriisk Instituut

Bredstedt (nfl) Die Geschichte der Juden in Nord-, Ost- und Westfriesland ist das Thema des 4. Historikertreffens des Nordfriisk Instituut, das am 13. November im Bredstedter Bürgerhaus abgehalten wird. Im niederländischen Friesland und in Ostfriesland waren seit dem 16. Jahrhundert jüdische Gemeinden ansässig. Seit dem 17. Jahrhundert wird auch im Bereich des heutigen Nordfriesland von der Anwesenheit von Juden berichtet. In allen drei Frieslanden gibt es Überlieferungen und Zeugnisse jüdischer Kultur. In allen drei Gebieten endet das jüdische Leben fast ganz unter der Verfolgung des nationalsozialistischen Regimes. Bei dem Historikertreffen in Bredstedt werden Referenten einen Überblick über die Geschichte der Juden in jedem der drei Frieslande geben. In weiteren Beiträgen werden exemplarisch Aspekte des jüdischen Lebens in Nordfriesland behandelt. Zum vierten Mal lädt das Nordfriisk Instituut zu seinem interfriesischen Historikertreffen ein. Wie immer wendet sich auch dieses an alle Interessierten und nicht etwa nur an ein akademisches Fachpublikum. Das detaillierte Programm kann angefordert werden beim Nordfriisk Instituut, Süderstraße 30, 25821 Bredstedt, NF. E-Mail: hist@nordfriiskinstituut.de Tel. (0 46 71) 20 81, Fax (0 46 71) 13 33